VW: Internationale Streikkämpfe Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 48, 20. Oktober 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

10.000 Westberliner fordern
Weg mit den Berufsverboten!

Während Sozialdemokraten wie Klose von der „Liberalisierung des Radikalenerlasses" schwätzen, geht die Berufsverbotspraxis ungehemmt weiter. Bereits im September war dem Lehramtsassessor Uwe Koopmann die Übernahme in den niedersächsischen Schuldienst verweigert worden, weil er sich unter anderem für die Beseitigung des Tendenzparagraphen im Betriebsverfassungsgesetz eingesetzt hat und seine Mitgliedschaft in der DKP vermutet wird.

Gleich zweimal schlug jetzt das Westberliner Oberverwaltungsgericht zu: Es bestätigte ein Urteil, wonach eine beamtete Lehrerin aus dem Beamtenverhältnis entlassen wurde, weil sie bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen für den KBW kandidiert hatte. Den zweiten Fall, die geplante Entlassung des Westberliner Lehrers Hans Apel, nahmen vor einer Woche rund 10.000 Westberliner auf einer Versammlung zum Anlaß, gegen die Berufsverbote zu protestieren.

Hans Apel ist seit zehn Jahren Lehrer in Westberlin. Er ist ein engagierter Lehrer, der sich oft für die Belange seiner Schüler eingesetzt hat und deshalb bei Schülern, Eltern und Kollegen anerkannt und beliebt ist. Das mußte ihm auch die Schulbehörde bescheinigen und darüber hinaus feststellen, daß er sich immer korrekt nach den Schulgesetzen verhalten hat. Dennoch: Hans Apel muß gehen. Denn, „aus seiner Mitgliedschaft in der SEW könnte **in Zukunft** die Gefahr einer Pflichtenkollision nicht ausgeschlossen werden"!

Dieses dreiste Urteil hat in breiten Teilen der Westberliner Werktätigen große Empörung ausgelöst, denn dieser Fall ist ein krasses Beispiel, daß allein die Gesinnung, abgeleitet aus der Mitgliedschaft in der revisionistischen SEW, verfolgt wird. Praktisch ist Hans Apel nichts vorzuwerfen.

Die Schüler bliesen zum Kampf. 400 Schüler der Pommern-Oberschule, an der Hans Apel unterrichtet hat, demonstrierten am 14. September in der Sybelstraße gegen die Berufsverbotspraxis. Sie wollen ihren Lehrer wiederhaben. Sie traten in den Streik. Eine Woche lang fand praktisch kein Unterricht an der Schule statt. An der Fritz-Karsen-Oberschule wurden 450 Unterschriften gesammelt. Ein Treffen von Vertretern von 26 Schulen fand statt. Dort wurde eine Demonstration zum Haus des Schulsenators beschlossen. Die Rote Garde hat in diesen Kampf eingegriffen und die Aktionen der Schüler unterstützt. Unter anderem verteilte sie 2.000 Flugblätter, in denen die sofortige Wiedereinstellung von Hans Apel gefordert und zur Teilnahme an der geplanten Demonstration aufgerufen wird. Auch andere Organisationen riefen zu dieser Demonstration auf.

Am 22. September marschierten dann bis zu 2.000 Schüler aus ganz Berlin zwei Stunden lang bis zum Haus der Schulsenators. „Erst wenn wir uns geschlossen wehren und streiken, dann kriegen die von der Schulbehörde das Muffensausen", lasen sie in dem Flugblatt, das die Rote Garde dort verteilte.

Am 10. Oktober versammelten sich bis zu 10.000 Menschen in der Deutschlandhalle, um gegen die

Fortsetzung auf Seite 7

Verteidigt die Rechte der Arbeitslosen
Weg mit dem „Runderlaß 230"!

Hinter den Kulissen sollte er über die Bühne gehen, so ganz im Stillen: der neueste Schlag gegen die Rechte der Arbeitslosen. Aber die Herren hatten sich verrechnet. Einige Wochen nachdem der „Runderlaß 230" von der Bundesanstalt für Arbeit losgelassen worden war, löste er eine Welle von Protesten und eine heftige Debatte in der Öffentlichkeit aus. (Der „Rote Morgen" hatte als erste Zeitung in seiner vorletzten Ausgabe über den Runderlaß berichtet.)

Worum geht es bei dem umstrittenen Erlaß? Es geht um neue Richtlinien für die Arbeitsämter bei der Auslegung dessen, was im § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes als **„Zumutbarkeit"** bei der Stellenvermittlung an Arbeitslose bezeichnet wird. Im allgemeinen Teil dieser Dienstanweisung für die Arbeitsvermittler heißt es:

„Im Interesse der alsbaldigen Beendigung der Arbeitslosigkeit schuldet der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und -vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes."

Im Klartext: Die berechtigten Interessen und sozialen Rechte der Arbeitslosen sollen bei der Entscheidung, ob ein Stellenangebot als zumutbar eingestuft wird, praktisch kaum eine Rolle mehr spielen. Und diese Mißachtung der Rechte der Arbeitslosen soll um so rücksichtsloser praktiziert werden, desto länger der Betreffende arbeitslos ist. Dazu heißt es in dem Runderlaß:

„Stufenweise Ausweitung der Arbeitsbereitschaft: der Kreis zumutbarer Beschäftigung weitet sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosig-

Fortsetzung auf Seite 4

Vorwärts im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror
Zehntausende marschierten in Dortmund



Mindestens 35.000 Kolleginnen und Kollegen, im wesentlichen aus Nordrhein-Westfalen, demonstrierten am Samstag letzter Woche in Dortmund gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror: deutsche und ausländische Arbeiter, Angestellte und Jugendliche, Werktätige aus allen Bereichen des Arbeitslebens, Jungarbeiter, Lehrlinge, junge und alte arbeitslose Kollegen, Schüler und Studenten marschierten in dem kilometerlangen Demonstrationszug. Es war ein mächtiger Menschenstrom, der sich aus dem nördlichen Dortmund durch die Straßen wälzte, hin zum „Alten Markt" im Dortmunder Stadtzentrum. Eine machtvolle, große und kämpferische Aktion.

Fortsetzung auf Seite 3

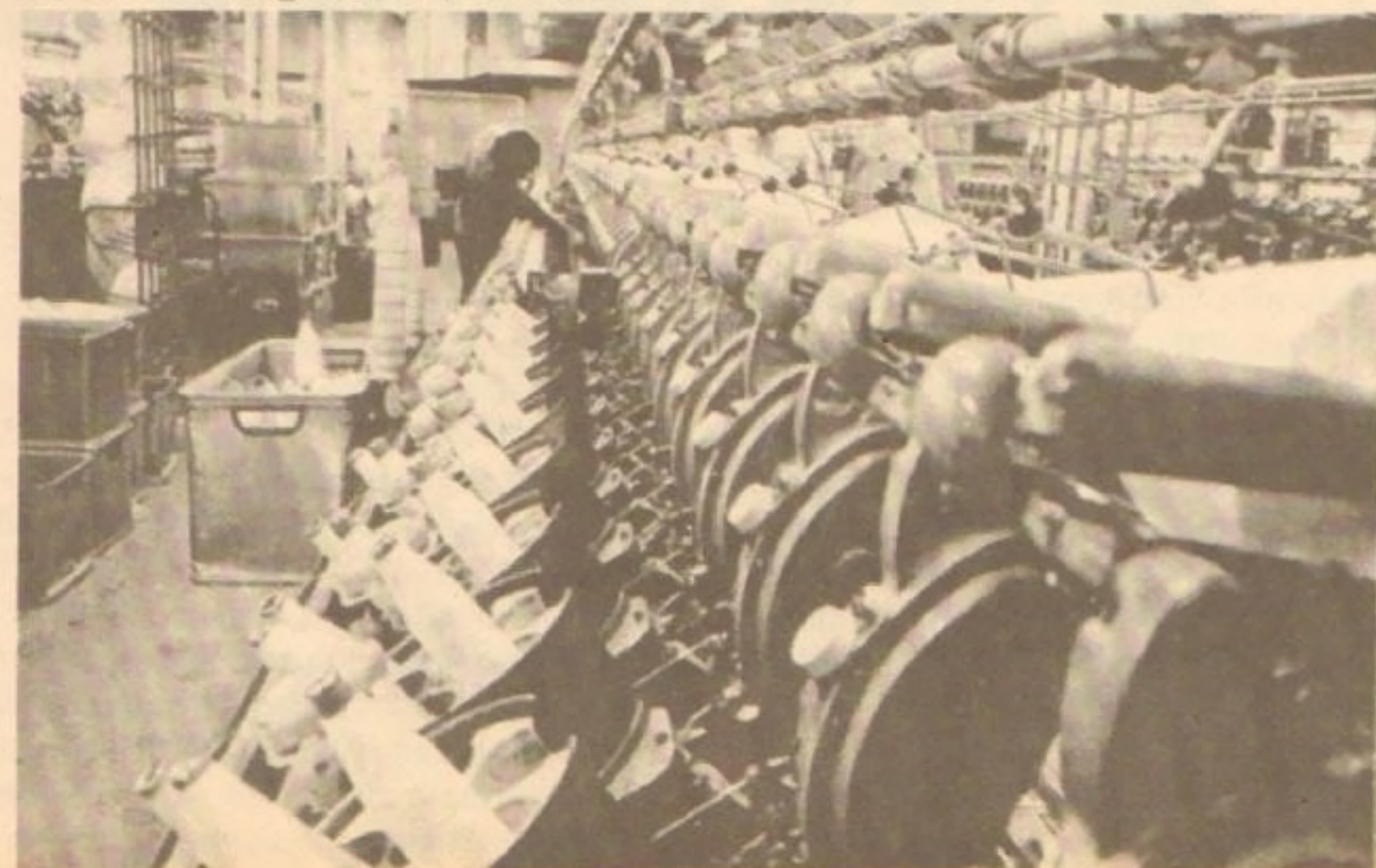
Wußten Sie schon ...?

...daß die Zahl der Leiharbeiter im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1976 auf fast das Doppelte gestiegen ist? Das geht aus einem Bericht hervor, den die Bundesregierung jetzt veröffentlichte. Die Leiharbeiter, das sind solche Kollegen, die von Firmen wie „adia interim" oder „Manpower" an Betriebe verliehen werden. Sie sind dann keine regulären Angestellten dieser Betriebe und genießen keinerlei Kündigungsschutz. Für die Bosse, die bei ihren Rationalisierungsfeldzügen die Stammbelegschaften immer mehr verkleinern, sind sie eine willkommene Reservetruppe, die sie nach Belieben anheuern und wieder feuern können.

...daß in den USA 30 Millionen Menschen zu den „funktionellen Analphabeten" gerechnet werden, weil sie so geringe Kenntnisse im Lesen und Schreiben haben, daß sie weder Anzeigen noch Mietverträge oder ähnliches entziffern können?

Tausenden droht Entlassung
Van Delden vor dem Konkurs!

Der größte Textilproduzent in der Bundesrepublik, der Gronauer van-Delden-Konzern, steht vor dem Konkurs. Konzernmanager Tenfelde erklärte, es seien keine Geldmittel vorhanden, um die Löhne und Gehälter fristgerecht auszuzahlen.



Van-Delden-Fabrik in Gronau

Insgesamt sind 5.000 Arbeitsplätze in van-Delden-Betrieben in Gefahr. Bei der zur van-Delden-Gruppe gehörenden Firma Ludwig Povel und Co. in Nordhorn (1.200 Beschäftigte) scheint die Stillegung des Werkes beschlossene Sache zu sein.

Auf einer Belegschaftsversammlung am vorletzten Sonntag wurde die Pleite bekanntgegeben, nachdem die van-Delden-Bosse und die IG-Textil-Bonzen lange Zeit beschwichtigende Sprüche von einer angeblichen „Stabilisierung" des Konzerns verbreitet hatten. Jetzt ist die Wut der Kolleginnen und Kollegen groß. Auf der Belegschaftsversammlung kam es zu Zwischenrufen, die den ehrenwerten Herrn van Delden ins Gefängnis wünschten. Als der zuständige Bezirksleiter der Gewerkschaft Textil und Bekleidung auf der Versammlung scheinradikal tönen wollte und erklärte, wenn van Delden nicht den Vergleich anmelde, drohe ihm eine zweijährige Gefängnisstrafe, rief ein Kollege: „Nicht zwei Jahre, 20 Jahre braucht der!"

Und in der Tat. Was van Delden sich geleistet hat, kann einem schon die kalte Wut hochsteigen lassen. Noch im Juni hatten die Landesregierungen in Niedersachsen und NRW van Delden Landesbürgschaften von 45 Millionen Mark in den Rachen gestopft, angeblich zur Sicherung der Arbeitsplätze. Könnte man da nicht auf den Gedanken kommen, nicht nur ein van Delden gehöre hinter schwedische Gardinen, sondern auch gewisse andere Herren, die unsere Steuergelder an die Profithaie verschleudern und dabei nicht im geringsten den Daumen darauf halten, daß dieses Geld wirklich für den angeblichen Zweck eingesetzt wird: die Sicherung der Arbeitsplätze? Die Düsseldorfer Landesregierung hat sich jetzt entschieden, van Delden noch einmal 20 Millionen zukommenzulassen!

Schmarotzerleben auch im Alter

Zu den Ärmsten der Armen in der Bundesrepublik zählen die Rentner. Es gibt allerdings Ausnahmen. War der Rentner nämlich kein Arbeiter, der sein Leben lang schuften und Rentenbeiträge zahlen mußte, sondern Bundesminister oder Bundestagsabgeordneter, dann kann er sich beruhigt zur Ruhe setzen. Auch vor Erreichen des Rentenalters. Denn für die Pension der Minister oder Abgeordneten zählen nicht die erreichten Lebensjahre, sondern die Amtsjahre. Und was bekommen die Herren Minister oder Abgeordneten, die keinen Pfennig für ihre Pension bezahlen müssen? Der Bundespräsident erhält 16.817 DM, der Kanzler erhält, ist er genügend lange im Amt, 12.038 DM plus 5.625 DM Abgeordnetenruhegeld. Die Ministerpensionen reichen — je nach Amtszeit — von 2.344 DM bis zu 9.768 DM. Und die Abgeordneten schließlich bekommen 1.875 DM Pension nach sechs Jahren und 5.625 DM nach 16 Jahren Abgeordnetenzeit.

Dazu kommen noch sogenannte Übergangsgelder. So erhielten etwa die zu Jahresanfang ausgeschiedenen Bundesminister, bevor sie Pension bekamen, zunächst einmal drei Monate lang ihr volles Ministergehalt in Höhe von 12.750 DM (sowie die üblichen Zuschläge) weiter. Schließlich kann es dieser „Sozialstaat" ja seinen Vertretern nicht zumuten, von einem Tag auf den anderen nur noch mit der „mageren" Pension auszukommen. Oder?

Kriegshetzer

Ein neuartiges Spiel mit verteilten Rollen führten die chinesischen Revisionisten in der vergangenen Woche auf. Während der stellvertretende Ministerpräsident Fang Yi in Bonn weilte — wo er sich einer gewissen diplomatischen Zurückhaltung befleißigte — bat Deng Hsiao-ping in Peking die westdeutschen Journalisten zu sich. Und da wurde dann in der für diesen Erzrevisionisten bezeichnenden dreisten Offenheit Klartext geredet.

Etwa so: Europa müsse in Afrika „seine Interessen auch mit Waffengewalt verteidigen". Eine unverhüllte Aufforderung an die „Partner" Pekings in Bonn, Paris oder London, nur kräftig hinzulangen bei ihren Raubfeldzügen gegen die Völker des schwarzen Kontinents und nicht zimperlich zu sein dabei. Die Herren in Bonn, die gerade erst amtlich festgestellt haben, daß ein Einsatz der Bundeswehr im Ausland nicht verfassungswidrig ist, werden dankbar sein für diese Schützenhilfe. Und vielleicht gibt es ja auch eine fruchtbare Zusammenarbeit, so wie vor einigen Monaten, als französische Fallschirmjäger und chinesische Waffentransporter gleichzeitig der faschistischen US-Marionette Mobutu im Kongo (Zaire) zu Hilfe kamen.

Natürlich durfte bei Dengs allgemeiner Kriegshetze auch der Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Washington nicht fehlen. Die amerikanischen Imperialisten möchten sich doch bitte in aller Deutlichkeit „zur Verteidigung Europas mit nuklearen Waffen bekennen." So maßt sich dieser Hetzer aus Peking an — als wäre es das Normalste von der Welt —, sich massiv in unsere Angelegenheiten einzumischen und mit seinem Geschrei nach noch mehr Atomwaffen in den Händen der Pentagon-Strategen die Kriegsgefahr in Europa noch zu verschärfen. Aber eins sei diesem Kriegshetzer gesagt: Die Völker Westeuropas wollen keine amerikanischen Atom- und Neutronenbomben. Sie wollen nicht für die Interessen der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten in einem neuen Weltkrieg verbluten. Und auch nicht dafür, daß sich die Revisionisten in Peking bei einem Krieg zwischen den Supermächten und ihren Blöcken als lachende Dritte die Hände reiben können.

Schmidt in Tokio

Von nicht weniger als 6.000 schwerbewaffneten Polizisten bewacht, zog der Bonner Kanzler Schmidt vorige Woche in Tokio ein. Bei seinem Auftritt in der japanischen Hauptstadt stellte er so stark die Gemeinsamkeit beider Länder in der Vergangenheit und bei ihrer gegenwärtigen Rolle heraus, daß japanische Gesprächspartner sogleich von einer „Achse Bonn — Tokio" sprachen. Darauf Schmidt: „Tun sie mir den Gefallen und benutzen sie nicht diesen Ausdruck. Das löst Irritationen in anderen Gegenden der Welt aus." Eine „Achse Berlin — Tokio" hatten nämlich vor vierzig Jahren die deutschen und japanischen Faschisten zur Vorbereitung ihres Raubkrieges gebildet. Der Ex-Parlamentspräsident Maeo jedoch ließ sich nicht davon abhalten, sein Bedauern darüber zu erklären, daß die alten Verbündeten diesen Krieg verloren hätten.

Schmidt bevorzugte eine andere geometrische Konstruktion: das Dreieck Bonn — Washington — Tokio. In diesem Zusammenhang sprach er auch von der besonderen Rolle der Bundesrepublik in Europa und Japans in Asien. Ein deutlicher Ausdruck dafür, wie die Bonner Imperialisten die Machtaufteilung in der westlichen Welt sehen. Neben der amerikanischen Supermacht maßen sie sich die Führungsrolle in Westeuropa an und gestehen die gleiche Rolle den japanischen Imperialisten für Asien zu. Aber ob Achse oder Dreieck — die Völker Asiens und Europas haben ihre Erfahrungen mit diesen imperialistischen Räubern gemacht und sind nicht bereit, sich ihnen freiwillig unterzuordnen.

Weg mit der Fünf-Prozent-Klausel!

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Landtagswahlen von Hessen und Bayern ist — verglichen mit dem Höhenflug von Hamburg und Niedersachsen — das relativ schlechte Abschneiden der „Grünen Listen". Zu denken gibt ferner, daß auch andere kleinere Parteien zum Teil erheblich an Stimmen verloren haben. So erreichte etwa in Hessen die DKP nur die Hälfte ihres Stimmanteils von den vorigen Landtagswahlen, was ja sicher nicht bedeuten kann, daß sich der Einfluß dieser revisionistischen Partei binnen vier Jahren halbiert hätte.

Für diese Verschiebungen im Wahlergebnis gibt es sicher viele Gründe, die zum größten Teil in der Politik dieser Parteien selbst begründet liegen. Aber eines kann man doch mit Bestimmtheit feststellen: daß nämlich die Existenz der reaktionären Fünf-Prozent-Klausel eine wesentliche Ursache für diese Ergebnisse ist. Denn mit diesem Hilfsmittel, das sich die bürgerlichen Parteien schon 1949



geschaffen haben, kommt ihre demagogische Propaganda von der „verschenkten Stimme" voll zum Tragen. Wie ist es denn bei den letzten Wahlen gewesen? Da wurde (mit der Ausnahme der Bayern-Wahl am Wochenende) ein großer Wirbel um ein sogenanntes „Kopf-an-Kopf-Rennen" zwischen den Parteien der Bonner Koalition und der CDU gemacht. Auf jede Stimme käme es an, tönte es aus beiden Lagern. Und eine Stimme für eine andere als die im Bundestag vertretenen Parteien wäre eh verschenkt, denn sie würde dank der Fünf-Prozent-Klausel im Papierkorb landen.

Nun gibt es ja sehr viele Werktätige, die entweder den ganzen Schnickschnack der Parlamentswahlen nicht mitmachen oder die eine andere als die Bonner Parteien im Parlament vertreten sehen möchten, damit „denen da oben mal kräftig Zunder gegeben wird". Wenn es dann aber wieder zum besagten „Kopf-an-Kopf-Rennen" kommt, sagen sich doch viele: Wähle ich eine kleinere Partei, kommt meine Stimme nicht zum Durchschlagen. Also mache ich lieber mein Kreuz bei der SPD, die ist ja nicht gar so schlimm wie die CDU.

Genau diesen Effekt haben die Herren in Bonn gewollt, als sie die Fünf-Prozent-Klausel ins Wahlgesetz aufnahmen. Und wie begründen sie diese offene Vergewaltigung des Wählerwillens, die ihren eigenen Bekenntnissen zur Demokratie so offen Hohn spricht? Im Grunde ganz einfach damit, daß sie in ihren Parlamenten lieber unter sich sein möchten. Denn je mehr Parteien im Parlament, so sagen sie, desto mehr Probleme bei der „Meinungsbildung", sprich: bei der grundsätzlichen Übereinkunft über die in den sogenannten Volksvertretungen betriebene reaktionäre Politik gibt es. Und dieser Logik schließt sich auch das Bundesverfassungsgericht an. In einem Urteil von 1957 gesteht es zwar freimütig ein, daß mit der Fünf-Prozent-Klausel keine „getreue verhältnismäßige Abbildung der politischen Meinungsschichtung im Volk" möglich ist. Aber wäre dem so, würden **alle** Parteien, je nach ihren Wählerstimmen, in den Parlamenten vertreten sein, dann „könnte sich eine Aufspaltung der Volksvertretung in viele kleine Gruppen ergeben, die die Meinungsbildung erschweren oder verhindern würde".

Ähnlich wie am vorletzten Sonntag in Hessen, so gab es auch bei den Wahlen in Bayern kaum Veränderungen. Leichten Verlusten der CSU standen leichte Gewinne der SPD gegenüber. Die FDP bleibt weiter im Landtag vertreten. Somit steht der neue Ministerpräsident in Bayern schon fest. Er wird Franz Josef Strauß heißen. Trotz aller Dementis am Wahltag wird er sich mit seinem neuen Amt nicht begnügen. Die Vorbereitungen für die Gründung einer bundesweiten CSU laufen schon auf Hochtouren. Noch ein erfreuliches Ergebnis aus Bayern: Nicht nur unsere Partei, sondern auch Werktätige aus der Gemeinde Froschgrund hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Das Ergebnis war, daß dort nur 24 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Der Boykott war eine Protestaktion gegen die Eingemeindung.

Eine wahrhaft berechtigte Sorge! Denn man stelle sich einmal vor, daß in irgendeiner dieser Vertretungen unter all den Diätenhaien auch nur ein ehrlicher Mensch säße. Und der würde ihnen dauernd in die „Meinungsbildung" für dieses oder jenes reaktionäre Gesetz funken, würde ihre Machenschaften anprangern. Und dann ist womöglich noch das Fernsehen dabei und vergißt, den Ton rechtzeitig abzuschalten. Ein unerträglicher Gedanke.

So schert man sich denn einen Dreck um eine „getreue Abbildung" des Wählerwillens und läßt Hunderttausende von Stimmen in den Papierkorb wandern. Ein Beispiel nur aus diesem Jahr: bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg geschah das mit mehr als 10 Prozent der Stimmen, in Niedersachsen waren es immerhin noch um neun Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Bei beiden Wahlen sind rund 400.000 Wählerstimmen einfach unbesehen in den Reißwolf gewandert, weil die gewählten Parteien an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterten. Allein schon diese Tatsache spricht Bände über unsere sogenannte parlamentarische Demokratie. Deshalb muß die Fünf-Prozent-Klausel, wie all die anderen reaktionären Gesetze, die sich der Bonner Staat geschaffen hat, zurückgewiesen und bekämpft werden.

Kurz berichtet

Kiel

Eine offene Propaganda für die Verbrechen der Hitler-Diktatur betreiben faschistische Banden in Kiel. Sie haben sich zu einem sogenannten „Freundeskreis Filmkunst e. V." zusammengerottet. Und dieser Kreis zeigte als erstes in einer ganzen Reihe faschistischer Machwerke den Film „Befreite Hände", der das Euthanasie-Programm der Nazis, den kaltblütigen Massenmord an kranken Menschen verherrlicht. Die Genossen der Partei aus Kiel berichten:

„Aus Anlaß der faschistischen Filmreihe haben sich bei uns in Kiel antifaschistisch gesinnte Menschen zur Gruppe Kieler Antifaschisten zusammengefunden. Auf der Basis des gemeinsamen konkreten Ziels — Kampf für die Absetzung der Filme — arbeiten darin etwa 40 Antifaschisten aus verschiedenen Organisationen und viele Unorganisierte mit. Die erste Aktion war eine Protestdemonstration am Sonntag, die trotz der kurzen Vorbereitungszeit — ein Treffen hatte erst am Freitag stattgefunden, die ganze Sache war nur kurz vorher bekannt geworden — ein guter Erfolg war. Etwa 400 Menschen nahmen daran teil. Zur Vorbereitung waren in aller Eile Flugblätter gedruckt worden, die im Wohngebiet um das Kino gesteckt und in der Innenstadt verteilt wurden.



Nach der Aktion gab die Gruppe ein neues Flugblatt heraus, das wieder gesteckt und noch breiter verteilt wurde. Der zuerst angekündigte Film ‚U-Boot westwärts' wurde übrigens nicht gezeigt, weil es ein nach dem Krieg verbotener Film ist. Den zu zeigen, war den Herren von der Stadt angesichts der breiten Proteste doch zu gewagt, deshalb ‚protestierte' die SPD gegen die Aufführung. Die Euthanasie-Propaganda machte ihr dagegen nichts aus. Von weiteren Aktionen werden wir berichten."

Dortmund

Die Hochschulgruppe der Roten Garde Dortmund führte kürzlich zu folgendem Ereignis eine Flugblattsteckaktion in den Studentenwohnheimen durch: In den letzten Tagen waren alle Wohnheime systematisch von Polizisten „besucht" worden, die Polizisten notierten sich bei jedem Zimmer ihre „Eindrücke" über Plakate, Bücher und Zeitungen. In einem Fall wollten sie sogar das Foto einer Studentin, die sie nicht angetroffen hatten, von einem Zimmernachbarn haben.

Die Rote Garde schrieb in ihrem Flugblatt, daß diese Maßnahmen nicht der Fahndung nach „Terroristen" dienen, sondern daß im Rahmen der vom Staatsapparat angeheizten Terroristenhysterie so die Bevölkerung bespitzelt werden soll. Das Flugblatt fand bei den Studenten breite Zustimmung.

Aus dem Inhalt

Tödlicher Unfall auf der Bremer Vulkan-Werft ... 4
Berufungsklage gegen Aussperrung abgeschmettert ... 4
In der Geschichte der DKP geblättert ... 5
Das Geschäft mit der Teilzeitarbeit ... 6
Volkskorrespondenz: Ein Samstag nachmittag in Haidhausen ... 7
Zum Kampf gegen Berufsverbote gegen DKP/SEW-Mitglieder ... 7
Mit Schüssen und Tränengas Wohnung gestürmt: Polizeieinsatz in Hannover ... 8
Glückwünsche zum 70. Geburtstag des Genossen Enver Hoxha ... 9
Hundert Jahre Sozialistengesetz: Von Bismarck zu Schmidt ... 9
Kommunistische Partei Japans (Linke): II. Parteitag erfolgreich abgeschlossen ... 10
China — DBR: Das 28-Milliarden-Geschäft ... 10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

„Ärzteschwemme"?

Uns geht es offensichtlich viel zu gut. Bei der medizinischen Versorgung zum Beispiel. Wer da bislang geglaubt hatte, es fehle allerorten an Personal und Einrichtungen, sah sich jetzt schlagend widerlegt. Das eigentliche Problem, so erfuhr man es in der vergangenen Woche, ist der schon sattsam bekannte „Bettenberg", ist die jetzt festgestellte „Ärzteschwemme". Nicht der Mangel, nein der Überfluß macht uns zu schaffen. Sie wollen das nicht glauben?

Nun, in Bonn fanden sich in der letzten Woche die Experten auf diesem Gebiet in der sogenannten „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen" zusammen. Man erinnert sich: Aus der Taufe gehoben wurde dieser erlauchte Kreis im vergangenen Jahr, als das „Kostendämpfungsgesetz" vorbereitet wurde. Beschickt wurde er von Vertretern der Pharmaindustrie, der Arbeitgeberverbände, der Krankenkassen, von Bund, Ländern und Kommunen. Es fehlen in der Runde auch nicht einige Gewerkschaftsbonzen. Und diese „Konzertierte Aktion" rechnete messerscharf vor, daß bis zum Jahr 2000 die besagte Schwemme auf ein Heer von 100.000 (!) überflüssigen Ärzten anwachsen wird. Gewiß, beweisen konnte man das nicht so recht. Da sollen noch Untersuchungen angestellt werden. Aber hinweisen auf die große Gefahr, die uns droht, wollen die Herren doch schon einmal. Und die notwendigen Abwehrmaßnahmen werden auch schon eingeleitet, zum Beispiel beim Einfrieren oder gar Abbau von Medizinstudienplätzen.

Nun weden Sie vielleicht sagen: aber meine Erfahrungen, die sind doch ganz anders! Kaum Werksärzte in den Betrieben. In den Krankenhäusern lange Wartezeiten. Ärzte, die im wahrsten Sinne des Wortes mörderische Überstunden ableisten, die bis zu 36 Stunden rund um die Uhr operieren müssen. Dann die höchste Kindersterblichkeit unter den Industrieländern, die ja auch nicht von ungefähr kommt.

Aber das müssen wohl einfach Hirngespinste sein. Oder meinen Sie etwa, daß die Herren von der „Konzertierten Aktion" schlichtweg Betrüger sind?

Zehntausende marschierten in Dortmund



Fortsetzung von Seite 1

Viele Dortmunder, die vom Straßenrand aus die Demonstration beobachteten, waren erstaunt und sehr beeindruckt. Die Marschkolonnen, aus denen immer wieder kämpferische Parolen und Lieder erklangen und die mit den zahllosen Transparenten, Parolentafeln und Fahnen ein farbenprächtiges Bild abgaben, schienen kein Ende zu nehmen. Und in der Tat: Als die Spitze des Demonstrationszuges bereits am „Alten Markt" angekommen war, waren die Kollegen, die den Schlußteil des Zuges bildeten, noch gar nicht abmarschiert. Die Entfernung zwischen dem Aufstellungsort und dem „Alten Markt" beträgt immerhin 3,6 Kilometer.

Der Schlußkundgebungsplatz konnte dann auch die Menschenmassen gar nicht fassen. Vor der Demonstration hatten die DGB-Führer verlauten lassen, man rechne mit ca. 25.000 Teilnehmern. Es wurden aber mindestens 10.000 mehr. Dabei hatten die Bonzen keineswegs konsequent mobilisiert. Im Gegenteil. In vielen Betrieben erfuhren die meisten Kollegen nichts von der Demonstration — zumindest nicht von seiten des DGB-Apparats. Nicht einmal zu einem zentralen Flugblatt mit einem Demonstrationsaufruf hatte die DGB-Führung sich durchringen können.

Hingegen brachte die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) eine kostenlose Extraausgabe der „RGO-Nachrichten" mit einem Aufruf zur Demonstration heraus. Sie wurde in einer Auflage von 30.000 Stück gedruckt und an vielen Betrieben (vor allem an Großbetrieben) Nordrhein-Westfalens, und auch während der Demonstration selbst, verteilt. In vielen gewerkschaftlichen Arbeitskreisen und Versammlungen wurden die verantwortlichen DGB-Funktionäre von den Mitgliedern scharf kritisiert, weil der DGB-Apparat eine maximale Informierung und Mobilisierung der Mitgliederbasis verhindert hatte.

Die DGB-Führung hat offenbar nur unter dem Druck der Basis zu dieser Aktion aufgerufen. Ein Interesse, daß die Demonstration so groß und machtvoll wie möglich wurde, bestand bei den Bonzen nicht. Daß dennoch so viele Kollegen gekommen sind (oft trotz erheblicher Strapazen durch lange Anfahrtswege) ist ein überzeugender Ausdruck der wachsenden Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse. Die brutalen Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung auf die sozialen und demokratischen Rechte des werktätigen Volkes werden nicht mehr kampflos hingenommen.

So wurde diese Aktion trotz der abwieglerischen Methoden der DGB-Bonzen zu einem guten Erfolg. Diese Demonstration verbessert die Grundlagen für die notwendigen Kämpfe, die vor allem in den Betrieben gegen die Angriffe des Kapitals und für die Verteidigung der Arbeitsplätze geführt werden müssen. Für viele Kollegen wurde dieser 14. Oktober in Dortmund zu einem wichtigen Erlebnis, das sie ahnen ließ, welch gewaltige Kraft in der Arbeiterklasse steckt. Nicht nur die zahlenmäßige Stärke, sondern auch der kämpferische Charakter der Demonstration trug dazu bei. Die Linie der flauen und abwieglerischen Parolen, wie sie von den DGB-Bonzen und der DKP-Führung verbreitet wurden (unter anderem auch in den Schlußreden der DGB-Führer), wurde von einem großen Teil der Demonstranten durchbrochen. In vielen Sprechparolen, auf zahlreichen Spruchbändern und in kämpferischen, von den Demonstranten angestimmten Liedern wurden die Kapitalisten und die Regierung unversöhnlich angeklagt, wurden die Forderungen der Arbeiterklasse erhoben und kam der Standpunkt des unversöhnlichen Klassenkampfes zum Ausdruck. Sicherlich gab es andererseits auch noch viele kompromißlerische Losungen und zeigten sich noch die Illusionen, die vom DGB-Apparat und der DKP geschürt werden. Aber die entschiedene und militante Linie des Kampfes Klasse gegen Klasse kam keineswegs nur aus den Reihen der RGO-Kollegen, die teils unter ihren Betriebs- und Gewerkschaftskollegen marschierten, teils unter eigenen Transparenten, die von der RGO mitgeführt wurden. Führen wir jetzt entschlossen und mit Schwung den Kampf in den Betrieben, in der Gewerkschaft weiter voran. Gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit! Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!

DGB-Apparat mit Schlägertrupps

„Wenn wir fest zusammenstehn, brauchen wir nicht stempeln gehn!" So schallte es immer wieder kräftig aus den Reihen der RGO-Kollegen. Die DGB-Bonzen waren da anderer Ansicht. Sie sind Spalter der Kampfeinheit der Arbeiterklasse. Am liebsten hätten sie die RGO-Kollegen aus der Demonstration herausprügeln lassen und die RGO-Transparente in Fetzen gerissen. Aber so einfach ist das eben nicht bei der RGO.

Dem KBW, der unter seinen Fahnen einen geschlossenen Block formiert hatte, setzten die Schlägerbanden, die die Bonzen organisiert hatten (viele DKP-Funktionäre waren darunter), übel zu. In einem brutalen Überfall schlugen sie mit Fahnenstangen und ähnlichem auf die Kollegen des KBW-Blocks ein und trieben sie auseinander. Sogar Anhänger des DGB-Apparats protestierten, als Jugendliche von den Schlägern noch geprügelt wurden, als sie bereits hilflos am Boden lagen.

Bei der RGO versuchten die Schlägerbanden dies auch. Allerdings fanden sie hier entschiedenen Widerstand vor. Im übrigen wissen auch die DGB-Bonzen, daß die RGO zunehmend in vielen Betrieben Sympathien unter den Arbeitern genießt. So wichen die Bonzenknechte hier doch mehr oder weniger zurück und scheiterten mit ihren Angriffen.

Viele RGO-Kollegen marschierten ziemlich im vordersten Teil der Demonstration unter einigen RGO-Transparenten wie zum Beispiel „Kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze!". Als die Spitze des Zuges dann auf dem Schlußkundgebungsplatz einmarschierte, versuchte noch einmal ein Schlägertrupp, die RGO-Kollegen abzublocken und die Transparente herunterzureißen. Aber der entschlossene Widerstand der Kollegen und die Mißbilligung ihres Vorgehens unter vielen anderen Demonstranten zwangen sie dann doch, den Schwanz einzuziehen. Die RGO-Jugend trug neben Transparenten wie „Kampf der Jugendarbeitslosigkeit!" auch ein Spruchband mit der Parole „Arbeiterjugend gegen Bosse und Bonzen". Auch hier scheiterten die Schlägertrupps mit ihren Angriffen auf die Transparente.

Am Nachmittag: Fete der Roten Garde



Für den Samstag nachmittag nach der Demonstration hatte die Rote Garde (Jugendorganisation der KPD/ML) in Dortmund zu einer Fete gegen Jugendarbeitslosigkeit aufgerufen. Rund 450 Freunde und Genossen, auch von der älteren Generation, waren gekommen. Die kurze aber kämpferische Rede eines jungen Genossen über den Kampf der Jugend und über Beispiele von erfolgreichen Aktionen gegen die Nichtübernahme von Lehrlingen usw. fand ein begeistertes Echo in dem vollen Saal. Eine Grußadresse, die ein Genosse der türkischen marxistisch-leninistischen Organisation von „Halkin Kurtulusu" vortrug, wurde ebenfalls mit stürmischem Beifall aufgenommen. Für „roten Pfeffer" sorgte die Straßentheatergruppe „Die Pfeffermühle" aus Bochum. Mit Liedern und Sketchen gab sie diesem kämpferischen Nachmittag den richtigen Dreh und sorgte auch für manchen Lacherfolg. Und nicht zu vergessen: Die „Elbspeelers" waren aus Hamburg gekommen. Mit ihren Liedern und Tänzen heizten sie die Stimmung an und sorgten für total verschwitzte Tänzer. Auch in dieser Beziehung waren die älteren Kolleginnen und Kollegen und Genossen fleißig mit dabei, und von einem RGO-Betriebsrat bei Hoesch wird erzählt, daß er samt Ehefrau zu den „heißesten" Tänzern des Tages zählte. Wer nicht nur tanzen oder zusehen und -hören wollte, konnte sich im Filmraum einen brandaktuellen Videofilm über die Demonstration des Vormittags ansehen oder sich beispielsweise beim Wasserpistolen-Zielschießen versuchen. Ein Glücksrad, wo Süßigkeiten verlost wurden, war vor allem von den Kindern umlagert, die recht zahlreich mit von der Partie waren. Alles in allem ein gelungener Nachmittag mit Schwung und Pfiff.



Versammlung der Umschüler in Gelsenkirchen. Links auf dem Tisch: Thomas Otto-Lange.

Haarsträubende Maßnahmen des Arbeitsamtes

Schikanen gegen Umschüler

„In den letzten Jahren ist die Lage der Umschüler durch Gesetze und Regierungsverordnungen verschlechtert worden. Wurden zunächst regelmäßige Überstunden und Schichtzulagen bei der Berechnung des Unterhaltsgeldes als Lohnbestandteile anerkannt, so sind sie heute gestrichen. Das Ergebnis: Im Durchschnitt liegt das Unterhaltsgeld nicht bei 80 Prozent unseres alten Nettolohns, sondern bei 63 Prozent. Die breite Mehrheit von uns bekommt ein Unterhaltsgeld von durchschnittlich 900 bis 1.000 DM. Davon zu leben, meist noch mit Familie, ist unmöglich. Für viele von uns bedeutet das Verschuldung, heimliche Nebenarbeit nach einem vollen Arbeitstag und einschneidende Einschränkungen unseres Lebensstandards. Hinzu kommt, daß dieses Geld auch noch wochenlang in der Auszahlung verzögert wird."

Zu dieser „normalen" Praxis der Umschulung durch die Arbeitsämter, die hier in einem Flugblatt Gelsenkirchener Umschüler beschrieben wird, kommen oft noch haarsträubende Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen hinzu — wie kürzlich in Gelsenkirchen und Frankfurt.

GELSENKIRCHEN

In Gelsenkirchen, wo der DGB Träger des Berufsförderungswerks (BFW) Graf Bismarck ist, erreichten die Schikanen gegen die Umschüler Ende September einen Höhepunkt: dem Schulsprecher Thomas Otto-Lange wurde durch das Arbeitsamt mitgeteilt, daß die Zeit, die er für seine Tätigkeit in der Umschülermitverwaltung (UMV) aufgewendet hat, als unentschuldigtes Fehlen bei der Ausbildung gewertet wird. Für Thomas bedeutete dies zunächst den Abbruch seiner Umschulungsmaßnahme und die Rückzahlung der vom Arbeitsamt bisher für ihn aufgewendeten Gelder. Damit wollte das Arbeitsamt auch einen Präzedenzfall schaffen: jedem Umschüler, der sich für die Interessen seiner Kollegen (im BFW Graf Bismarck sind es 650) einsetzt, soll die Zeit, in der er das tut, als unentschuldigtes Fehlen angerechnet und das ihm für diese Zeit zu zahlende Unterhaltsgeld abgezogen werden. Dies praktizierte das Arbeitsamt auch gleich beim ehemaligen UMV-Präsidiumsmitglied Rainer Müller: von ihm werden für Fehlzeiten für die UMV-Tätigkeit — die bereits sechs Monate zurückliegen — ca. 350 DM zurückverlangt.

Über das Vorgehen des Arbeitsamtes waren die Umschüler empört. Sie hielten eine Versammlung ab, sammelten Unterschriften und trugen ihre Empörung in die Öffentlichkeit. Sie erreichten, daß die Vorfälle in der „Radiothek", einer bei Jugendlichen beliebten Sendung im WDR II, zur Sprache kamen. Das Gelsenkirchener Arbeitsamt ließ daraufhin ein erstes Nachgeben erkennen: kurz vor Beginn der Radiosendung bot es Thomas an, daß er in seinem Umschulungskurs bleiben und das Versäumte in abendlichen Kursen nachholen könne. Das ist allerdings ein sehr fauler Kompromiß. Die Umschüler werden sich damit nicht zufriedengeben. Ihr Kampf geht weiter.

FRANKFURT

In Frankfurt finden die Umschulungskurse in der Gewerbeförderungsanstalt (GFA), dem Ausbildungszentrum der Handelskammer statt. Neben ihrer schlechten sozialen Lage bedrückt hier die Umschüler besonders der chaotische und plan- und ziellose Unterricht. Die Umschüler sind der Willkür des Arbeitsamtes und der Handwerkskammer vollständig ausgeliefert.

Aufgrund der unerträglichen Zustände kam es am 15. 9. zu Handgreiflichkeiten zwischen einem Lehrer und einem Schüler. Der Schüler wurde fristlos gekündigt. Am 3. 10. kam es zu drei weiteren Kündigungen — wegen „grober Störung des Unterrichts", wie es hieß. Die Gekündigten müssen nun möglicherweise die bisherigen Ausbildungskosten an das Arbeitsamt zurückzahlen, pro Mann 10.000 DM.

Als Antwort auf diese unverschämten Angriffe hielten die Umschüler zunächst eine Versammlung ab. Sie beschlossen die Durchführung einer Unterschriftensammlung. Von 72 Umschülern haben bis jetzt 34 unterschrieben. Auf der Versammlung forderten die Umschüler weiter den Abschluß eines Arbeitsvertrages für Umschüler, das Recht auf Durchführung von Vollversammlungen aller Umschüler an der GFA und die Einrichtung einer Schülervertretung mit Einspruchsrecht. Die Umschüler wandten sich mit einem Flugblatt ebenfalls an die Öffentlichkeit. Erste Erfolge sind schon zu verzeichnen: eine Kündigung wurde bereits zurückgenommen. Auch in Frankfurt geht der Kampf der Umschüler weiter.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

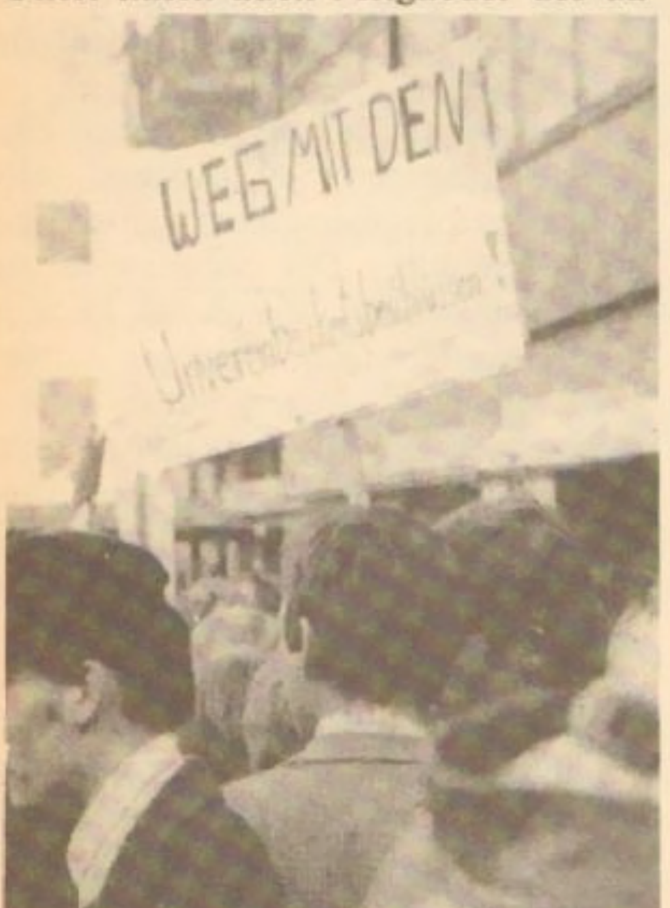
Tödlicher Unfall auf der Bremer Vulkan-Werft — 1.000 Arbeiter demonstrieren!

Zwei Arbeiter starben am Dienstag letzter Woche auf schreckliche Weise bei einem Betriebsunfall auf der Vulkan-Werft in Bremen. Beim Anbringen eines Gerüstes an einem britischen Containerschiff, das zur Reparatur auf der Vulkan-Werft liegt, stürzten die beiden Kollegen 17 Meter tief ab. Sie waren sofort tot. Der eine Kollege, ein deutscher Arbeiter, war 48 Jahre alt. Er hinterläßt seine Frau und eine erwachsene Tochter. Der andere Kollege stammt aus der Türkei. Er war 42 Jahre alt und hinterläßt seine Frau und zwei Kinder im Alter von 8 und 17 Jahren. Nach den bisher gemachten offiziellen Angaben hatte man die Seile, mit denen das Gerüst an einem Kran hing, gelöst, obwohl das Gerüst noch gar nicht am Schiffskörper befestigt worden war. Es liegt auf der Hand, daß hier wieder einmal in unglaublicher Weise die elementarsten Sicherheitsvorkehrungen mißachtet worden sind. Die Kapitalisten scheren sich um die Arbeitssicherheit wenig. Für sie geht es nur um eines: möglichst hohen Profit aus den Arbeitern herauspressen. In der Belegschaft der Vulkan-Werft hat dieser Unfall große Empörung hervorgerufen. So versammelten sich am Tag des Unfalls gegen Mittag rund 1.000 Kollegen vor dem Werkstor und zogen in einem Schweigemarsch zum Verwaltungsgebäude der Werft in der Bremer Innenstadt. Die Werftarbeiter brachten damit ihre Erschütterung über den Tod ihrer Kollegen zum Ausdruck. Zugleich aber war der Marsch eine Anklage gegen die Werftbosse und eine Demonstration gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen auf der Werft.

Am Donnerstag kam es auch im Hamburger Hafen zu einem schweren Betriebsunfall. Ähnlich wie schon im Juli dieses Jahres wurden viele Hafenarbeiter durch ausgeströmtes Chlorgas vergiftet. 29 Kollegen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Mindestens vier Arbeiter erlitten schwere Verätzungen der Lungen- und Atemwege. Einen ausführlichen Bericht über diesen Unfall lesen Sie auf Seite 12 dieser Ausgabe des „Roten Morgen".

Massive Proteste gegen Gewerkschaftsausschlüsse in der GEW

Im Februar dieses Jahres waren zehn Mitglieder des Ortsvereins Bochum durch den Hauptvorstand aus der GEW ausgeschlossen worden. Unter ihnen auch Mitglieder des damaligen Ortsvorstandes. Die Ausschlüsse wurden damit begründet, daß in dem GEW-Info des Bochumer Ortsvereins eine Resolution einiger GEW-Mitglieder als Diskussionsmaterial abgedruckt worden war. Die Resolution verurteilte den Verbotsantrag der CDU gegen die KPD/ML und andere Organisationen. Diese Resolution war zuvor auf einer Mitgliederversammlung vorgelegt worden. Es wurde jedoch nicht darüber abgestimmt. Die Mitgliederversammlung faßte stattdessen den Beschluß, daß die Resolution in dem Info abgedruckt werden soll, damit die Kollegen sich darüber informieren können. Die betroffenen Kollegen hatten gegen ihren Ausschluß Beschwerde eingelegt. Inzwischen haben die Vertreterversammlung des GEW-Landesverbandes Bremen sowie nahezu alle großen Stadtverbände des Ruhrgebiets beim GEW-Hauptausschuß gegen die Ausschlüsse protestiert und gefordert, daß sie rückgängig gemacht werden sollen. Ferner haben 1.537 GEW-Mitglieder einzeln mit ihrer Unterschrift gegen die Ausschlüsse protestiert.



Forderung auf der Demonstration am 14. 10. in Dortmund

Nachtarbeit in der EG

Nach offiziellen Angaben arbeiten in den EG-Ländern von den 100 Millionen Erwerbstätigen 14,3 Millionen häufig nachts. Bekanntlich löst häufige Nachtarbeit auf längere Sicht schwere gesundheitliche Schäden aus und bedeutet eine erhebliche Verkürzung der Lebenserwartung. Um ihre Profite zu steigern, dehnen die Kapitalisten in den verschiedensten Industriezweigen die Nachtarbeit immer mehr aus.

Plant die IGM-Führung verlängerte Laufzeit beim kommenden Lohntarifabschluß?

Heinz Dürr, der Chef des baden-württembergischen Metallunternehmerverbandes, erklärte jüngst, er wünsche sich bei der jetzt anstehenden Lohnrunde eine längere Laufzeit für den neuen Tarifabschluß als die bislang üblichen zwölf Monate. Dürr sprach sogar von mehrjähriger Laufzeit. Der Wunschtraum der Herren Kapitalisten ist es offenkundig, den Metallern einen jahrelangen Lohnstopp per Tarifvertrag aufzuzwingen. Man sollte doch annehmen, daß die IGM-Führung ein derartig unverfrorenes Ansinnen sofort schärfstens zurückweist. Dem ist jedoch nicht so. Stattdessen erklärte das IGM-Vorstandsmitglied Hans Janßen gegenüber dem Unternehmerhausblatt „Handelsblatt": „Die Laufzeit von zwölf Monaten ist für uns noch nie ein Dogma gewesen." Es gebe keinen Beschluß der IG Metall — erklärte Janßen — nachdem solche „Lösungen" grundsätzlich abzulehnen seien. Wörtlich sagte Janßen: „Man kann also immer über längere Laufzeiten reden." Die Metallarbeiter werden aus diesen Äußerungen des IGM-Führers ihre Schlußfolgerungen ziehen. Es liegt auf der Hand, daß man verraten und verkauft wäre, wenn man sich auf Janßen und Konsorten verlassen würde.

Karl Klasen: Lohnleitlinie von zwei Prozent

Die „Bild"-Zeitung verschärft jetzt ihre arbeiterfeindliche Lohnverzichtpropaganda. So druckte das Blatt am 9. Oktober ein Interview mit dem Altbundesbankpräsidenten Karl Klasen ab, in dem sich dieser Herr für eine Lohnleitlinie von zwei Prozent stark macht. Demagogisch droht Klasen in den „Bild"-Spalten: Wenn die Gewerkschaften bei den kommenden Tarifforderungen nicht „äußerste Zurückhaltung" an den Tag legten, dann seien die Arbeitsplätze akut in Gefahr. Klasen behauptete weiter, die jetzige Preissteigerungsrate betrage nur zwei Prozent, und das müsse auch die Richtschnur für die Tarifforderungen sein. Ist es ein Zufall, daß ebenfalls in diesen Tagen die Frankfurter DGB-Zentrale gegenüber der Presse verlauten ließ, wegen der „niedrigen Preissteigerungsrate" seien in diesem Jahr die Nettolöhne weit stärker gestiegen als die Bruttoeinkommen und damit sei der Reallohn der Arbeiter und Angestellten „weit stärker gewachsen als in den Jahren davor"? Da kann man nur sagen: Holzauge sei wachsam gegenüber den Bossen und Bonzen!

Weg mit dem „Runderlaß 230"!

Fortsetzung von Seite 1

keit aus. Die Ausweitung erstreckt sich auf die Art der Tätigkeit (berufliche Mobilität), die Lage des Arbeitsplatzes (räumliche Mobilität) und die sonstigen Arbeitsbedingungen."

Im einzelnen legt der Erlaß folgende Ausführungebestimmungen fest:

- In der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit ist der Arbeitslose auch zur Aufnahme „artverwandter" beruflicher Tätigkeiten verpflichtet. Beispielsweise muß ein Angestellter auch eine Stelle als Arbeiter annehmen. Einkommensverschlechterungen gegenüber der früheren Beschäftigung bis zu 10 Prozent sind zumutbar. Zumutbar ist auch eine Arbeitsstelle außerhalb des Wohnorts (in einem „gut erreichbaren Nachbarort").
- Nach längstens einem halben Jahr Arbeitslosigkeit muß der Arbeitslose bereits Beschäftigungen annehmen, die weit unter seiner beruflichen Qualifikation liegen. Beispielsweise muß ein Facharbeiter jetzt grundsätzlich jede einfache Anlerntätigkeit übernehmen. Jetzt sind bereits Anfahrzeiten bis zu anderthalb Stunden „zumutbar", aber auch soweit entfernte Arbeitsstellen, daß ein Wochenendpendeln erforderlich ist. Ferner sind jetzt Einkommensverschlechterungen von über 10 Prozent in Kauf zu nehmen.
- Nach längstens einem Jahr Arbeitslosigkeit muß der Arbeitslose auch Stellen annehmen, die einen Umzug in eine andere Region nötig machen und zwar im Prinzip ohne Rücksicht auf Bindungen an Verwandtschaft und Freundeskreis, ohne Rücksicht auf schulpflichtige Kinder auf Hauseigentum, auf Berufstätigkeit des Ehegatten und auf Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen.

Wer sich weigert, ein entsprechendes Stellenangebot anzunehmen, dem droht eine Sperrung, ja sogar die endgültige Streichung des Geldes vom Arbeitsamt. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade jetzt das Bundessozialgericht in einem Grundsatzurteil klargestellt hat, daß Arbeitslose nur dann Geldleistungen vom Arbeitsamt beanspruchen können, wenn sie bereit sind, jede „zumutbare" Beschäftigung anzunehmen, die sie ausüben können.

Für die Arbeitslosen bedeutet diese unverschämte Ausweitung der Grenzen der Zumutbarkeit, daß sie praktisch zum Freiwild werden. Entweder nehmen sie eine entsprechende Verschlechterung ihrer sozialen Lage in Kauf (die in der Regel nicht umkehrbar ist und oft zum Ausgangspunkt für spätere weitere Verschlechterungen wird), oder sie können Betteln gehen und, auf Deutsch gesagt, langsam verrecken.

Man soll ja nicht glauben, von einem solchen Angriff auf die sozialen Rechte seien die Arbeitslosen allein betroffen. Wenn die Arbeitslosen noch mehr entrechtet und erpreßbar gemacht werden, zielt das letztlich darauf ab, noch skrupelloser als bisher das Arbeitslosenheer als Hebel einzusetzen für den Abbau der Löhne und die Beseitigung der sozialen bzw. betrieblichen Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse. Wie drohen doch oft die Bosse ihren „lieben Mitarbeitern"? „Wenn es Ihnen hier nicht paßt, können Sie ja gehen. Es gibt genug Arbeitslose, die darauf warten, daß hier ein Arbeitsplatz frei wird ..."

Deshalb ist gegen diese schmutzigen Angriffe der entschlossene und solidarische Kampf der gesamten Arbeiterklasse notwendig.

Weg mit dem „Runderlaß 230!"

Weg mit Sperrfristen, Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen!

Volles Arbeitslosengeld für jeden arbeitssuchenden Erwerbslosen!

Vergeßliche DGB-Führer

Im August dieses Jahres schickte der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, den berüchtigten Runderlaß 230 ins Land, der jedem sozialen Grundsatz direkt ins Gesicht schlägt. Stingl ließ ihn vorsichtshalber vorher vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt absegnen, der drittelparitätisch von Vertretern der Unternehmer, des DGBs und der Regierung besetzt ist. Alles ging ganz ruhig über die Bühne. Kein „Volksvertreter" sah sich zu einem Protest veranlaßt. Auch die DGB-Führung schien taub und stumm.

Erst als der Erlaß in der Öffentlichkeit bekannt wurde, erhob sich plötzlich ein ganzer Chor von Protesten. Sogar Vertreter der CDU/CSU erhoben ihre Stimme. Am lautesten jedoch entrüsteten sich jetzt die DGB-Führer. Der Erlaß muß zurückgezogen werden, fordern sie lauthals. Was sie jedoch zu erwähnen vergaßen: Ihre eigenen Vertreter im Verwaltungsrat hatten für den Erlaß gestimmt. Erst als dies durch eine sogenannte Indiskretion nach außen drang, hielten sie es für nötig, sich dazu zu äußern: Man habe jetzt noch einmal darüber gesprochen und distanziere sich nachträglich von dieser Entscheidung ...

Sogar Bundesarbeitsminister Ehrenberg ließ jetzt verlauten, er finde den Erlaß gar nicht so gut. Auch er spielt den Unschuldsengel, der nichts damit zu tun hatte. Er habe doch keinen Einfluß auf Entscheidungen der Bundesanstalt für Arbeit. Ja, ja — welchen Einfluß hat der Mann denn schon, ist er doch nur ein kleiner machtloser Arbeitsminister ... Im übrigen kann Ehrenberg uns beruhigen: Er bereite ohnedies eine Neufassung des entsprechenden Paragrafen im Arbeitsförderungsgesetz vor, dann werde der Erlaß sowieso hinfällig.

Die Sache hat nur einen Haken. Bis jetzt war noch jede der häufigen Änderungen zum Arbeitsförderungsgesetz ein Angriff auf Rechte der Arbeitslosen. Und gerade Ehrenberg hatte doch kurz vor Erscheinen des Erlasses Maßnahmen angekündigt, um — wie er es ausdrückte — „die Arbeitsbereitschaft zu fördern" und „dem mißbräuchlichen Bezug von Arbeitslosengeld einen Riegel vorzuschieben". Aber warum denn so mißtrauisch sein? Die DGB-Führung jedenfalls hat Ehrenbergs Ankündigung über die Neufassung bereits freudig begrüßt.

Kein Vertrauen auf die Justiz – konsequenter Klassenkampf!

Berufungsklage gegen Aussperrung abgeschmettert

Wie bekannt, haben die IG Metall und die IG Druck und Papier anläßlich des Aussperrungsterrors der Unternehmer im vergangenen Frühjahr eine Kampagne zur massenhaften Klageerhebung gegen die Aussperrung bei den Arbeitsgerichten initiiert. Inzwischen wurde über Dutzende dieser Klagen in erster Instanz verhandelt. Meist wiesen die Richter die Klagen ab. So wurden von 40 Klagen der Metaller 36 abgewiesen. Nur in vier Fällen wurden die Unternehmer zur Lohnfortzahlung verpflichtet (wogegen sie natürlich sofort Berufung einlegten). Jetzt kam es zum ersten Mal zu einer Berufungsverhandlung, und zwar im Fall einer Klägerin, die in erster Instanz abgewiesen worden war. Ihre Klage wurde nun auch in zweiter Instanz abgeschmettert.

Die Klägerin arbeitet bei Bosch in Reutlingen. Hier war infolge der spalterischen Schwerpunkttaktik des IGM-Apparats nicht gestreikt worden. Aber dennoch wurde die Belegschaft von den Kapitalisten ausgesperrt. Die Kapitalisten konnten sich die Spaltung der Metaller in Streikende und Nichtstreikende zunutze machen. Brutal konterten sie den Schwerpunktstreik von 80.000 Metallern im Raum Stuttgart mit der Aussperrung von 120.000 Metallern im gesamten Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden.

Diesen Terrorakt der Unternehmer erklärte nun das Stuttgarter Landesarbeitsgericht für rechtmäßig. Es berief sich bei seinem Entscheid auf frühere Urteile des Bundesarbeitsgerichts aus den Jahren 1955 und 1971. Zynisch erklärte der Gerichtsvorsitzende Baumgartner: Die schwäbischen Metallunternehmer hätten „lediglich von ihrem zulässigen, durch das Grundgesetz geschützten Recht Gebrauch gemacht". Baumgartner besaß außerdem die Unverfrorenheit, diesen brutalen Akt der Metallbosse als „Abwehraussperrung" zu verniedlichen. Die Kosten für das Verfahren wurden der Klägerin auferlegt. Eine Revision erklärte das Gericht für zulässig. Aber was berechtigt denn zu der Hoffnung, das Bundesarbeitsgericht würde einen anderen Spruch fällen, als das Landesarbeitsgericht in Stuttgart?

Die bürgerliche Justiz ist das Werkzeug der kapitalistischen Ausbeuterklasse. Wer der Arbeiterklasse einimpfen will, sie könnte sich gegenüber den Angriffen und dem Terror der Unternehmer auf diesen Staat und diese Justiz stützen, der will nur Illusionen züchten. Und genau das tun die DGB-Führer. „Gegen Aussperrung Vollstreik!" stand auf einem Transparent der streikenden Stuttgarter Metallarbeiter. Warum haben die IGM-Führer sich dieser richtigen Forderung der Arbeiter widersetzt? Sie hatten gar nicht die Absicht, den Kampf gegen den Aussperrungsterror zu führen. Es ging ihnen darum, den Metallerstreik zu spalten und zu schwächen.

Eine Klagewelle gegen die Aussperrung kann unter Umständen sinnvoll sein. Aber sie kann die Regierung niemals zu einem Verbot der Aussperrung zwingen. Dazu sind vor allem massive Kampfmaßnahmen breiter Teile der Arbeiterschaft notwendig: Kämpfe, die sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken — Kämpfe, die den Rahmen dessen sprengen, was die herrschende Klasse gesetzlich zuläßt. Nur im kompromißlos geführten Kampf Klasse gegen Klasse kann die weitere Verstümmelung des Streikrechts abgeblockt und kann das Verbot der Aussperrung erzwungen werden.

In der Gründungsgeschichte der DKP geblättert

Mit dem Segen des Bundesjustizministeriums

„Seiner Majestät allergetreueste Opposition" — so nannten Spötter im Deutschen Kaiserreich Oppositionsparteien, die in Wirklichkeit verlängerte Arme des herrschenden Regimes waren. Nun, das Deutsche Kaiserreich ist längst untergegangen. „Seine Majestät", die im Auftrag der Feudalherren das Zepter schwang, längst abgelöst durch die Bundesregierung, die im Auftrag des Finanzkapitals Politik macht. „Seine Majestät allergetreueste Opposition" aber gibt es auch heute. In Gestalt der „Deutschen Kommunistischen Partei", der einzigen sich kommunistisch nennenden Partei, die die deutsche Geschichte je kannte, die sich auf Drängen der Bourgeoisie und in direkter Absprache mit dem Bundesjustizministerium gründete. Die Tatsache, daß diese Partei in diesen Wochen ihr zehnjähriges Bestehen feiert, schien uns Anlaß genug, die bemerkenswerten Vorgänge um ihre Gründung unseren Lesern zu schildern. Das um so mehr, da man von der Führung dieser Partei nur sehr wenig Konkretes aus dieser Zeit zu hören bekommt.

Eigentlich beginnt die Geschichte der Gründung der „Deutschen Kommunistischen Partei" bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Genauer beim KPD-Verbotsprozeß. Denn vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ließen die Prozeßbeauftragten der KPD bereits durchblicken, daß sie bereit waren, jeden Preis für die Erhaltung der Legalität der Partei zu zahlen. Die Bourgeoisie ließ sich auf den angebotenen Handel nicht ein. Aber sie sah natürlich, was im Busch war. Sie witterte die Chance, hier aus den Reihen der KPD Verbündete für ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die Revolution und den Kommunismus zu gewinnen.

Und ihre Rechnung ging auf. Es gelang den revolutionären Mitgliedern nicht, diese Partei, die zum Zeitpunkt des Verbots bereits keine revolutionäre Führung und kein revolutionäres Programm mehr besaß, wieder auf einen korrekten, marxistisch-leninistischen Kurs zu bringen. Der Widerstand war zu schwach; die revisionistische Parteiführung benutzte die Illegalität als Vorwand, die Reste des demokratischen Zentralismus und der ideologischen Auseinandersetzung zu unterdrücken; jede Opposition wurde als Machenschaft des Verfassungsschutzes bezeichnet; Marxisten-Leninisten isoliert und ausgeschlossen. So konnte es geschehen, daß die KPD bis Anfang der 60er Jahre endgültig zu einer bürgerlichen Partei entartete.

Zu einer Partei, die wie vordem die SPD nicht mehr den Sozialismus propagierte, sondern lediglich die „Einschränkung der Alleinherrschaft der Monopole", die nicht mehr für die sozialistische Revolution kämpfte, sondern für „erweiterte Mitbestimmung", zu einer Partei also, die ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht hatte und das der Bourgeoisie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit beteuerte. So heißt es etwa in einem Brief von Max Reimann an den „Spiegel", abgedruckt im „Freien Volk" vom Februar 1966, daß sich aus der Politik der KPD nur eine Schlußfolgerung ziehen lasse: „Die früher von Hitler und heute von Bonn verbotene Kommunistische Partei Deutschlands steht auf dem Boden des Grundgesetzes. Die KPD vertritt die Verbindlichkeit des Grundgesetzes für jeden Staatsbürger ebenso wie für Regierung und Behörden. . ."

Und so redet der Führer einer Partei, die aufgrund der „Verbindlichkeiten des Grundgesetzes" seit nunmehr zehn Jahren in der Illegalität ist! Der Hund leckt die Hand, die ihn geschlagen hat. Wahrhaftig, mehr konnte selbst der Kaiser nicht von seiner „allergetreuesten Opposition" verlangen! Und mehr verlangte auch das deutsche Finanzkapital nicht. Bereits im Frühjahr 1965 stellte Franz Meyers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, öffentlich Überlegungen darüber an, daß man das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts überprüfen müsse, und Konrad Adenauer erklärte im August 1966: „Ich bin absolut dafür, daß die Kommunisten wieder zugelassen werden." Der gleichen Meinung war auch der damalige Finanzminister Strauß.

Die Herren wußten, warum sie so dringend nach einer „legalen KPD" verlangten. In der Mitte der 60er Jahre nahm der Klassenkampf in Westdeutschland einen neuen Aufschwung. Das rücksichtslose Abwälzen der Lasten der Krise 66/67 auf den Rücken der Werktätigen, die zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und die ständige Verschärfung der politischen Unterdrückung rief die Arbeiterklasse verstärkt auf den Plan. Demonstrationen und Streiks gegen die Notstandsgesetze, Kämpfe gegen andere Maßnahmen der politischen Unterdrückung wie die Verschärfung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes, heftige Proteste, vor allem der Jugend, gegen den Krieg der US-Imperialisten in Vietnam — all das machte die Existenz einer Partei, die als Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung Einfluß nahm und dafür sorgte, daß die Kämpfe auf den Rahmen des Kapitalismus beschränkt blieben, für die Bourgeoisie zu einer absoluten Notwendigkeit. Die SPD konnte diese Aufgabe nicht mehr erfüllen. Sie wurde von zu vielen als Partei des Monopolkapitals durchschaut. Als neue „SPD" bot sich die KPD an. Aber sie mußte legal sein, um die Aufgaben, die ihr die Bourgeoisie zugedacht hatte, auch erfüllen zu können. . .

Und es gab noch einen anderen Grund, warum die Bourgeoisie die Legalisierung der KPD für opportun hielt: die „neue Ostpolitik". So erklärte etwa Staatssekretär Ernst vom Bundesinnenministerium am 5. Mai 1967 in einer Monitor-Sendung im Fernsehen zu den Beweggründen für die Legalisierungsbestrebungen seitens der Bourgeoisie: „Das eine ist sicherlich die Hoffnung, daß man zu den osteuropäischen Staaten in eine bessere Beziehung kommen könnte, wenn man vielleicht mit der KPD anders verfahren würde, als es bisher geschehen ist."

Zunächst allerdings kam es dazu noch nicht. Denn, obwohl sie im Grundsätzlichen durchaus einer Meinung waren, gab es doch in zwei Punkten unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vertretern der Bourgeoisie und den Vertretern der KPD. Der Bourgeoisie schwebte eine „legale KPD" vor, wie sie beispielsweise in Italien existierte, eine revisionistische Partei also, die nicht so vorbehaltlos am Gängelband von Moskau hing, wie es bei der KPD der Fall war. Außerdem bestand man jetzt darauf, daß die KPD sich neu gründen müsse — als letzten Beweis ihrer vollständigen Kapitulation und um das KPD-Verbot als Waffe gegen mögliche „Unartigkeiten" der KPD, aber vor allem auch als Waffe gegen eine andere, sich möglicherweise gründende wahrhaft marxistisch-leninistische Partei in der Hand zu behalten.

Beides aber wollten die revisionistischen KPD-Führer verständlicherweise nicht. Das erste, weil sie Angst vor ihren Befehlsgebern in Moskau, das zweite, weil sie Angst vor der Empörung ihrer Mitglieder hatten. So versuchten sie zunächst, der Bourgeoisie doch noch die Wiederzulassung der verbotenen KPD abzubetteln. Zu diesem Zweck gründeten sie im März 1967 den „Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD", dessen erste „Kampfaktion" darin bestand, einen Bettelbrief an die Bundesregierung, an das Präsidium und die Fraktionen des Bundestags zu schicken und der im übrigen seinen Hauptzweck darin sah, der Bonner Regierung wieder und wieder zu versichern, daß diese Partei auch das letzte Fünkchen revolutionären Geistes aufgegeben hatte.

Hatte Max Reimann bereits in einem Interview verkündet: „Es gibt keine Tagung des Zentralkomitees, die sich nicht damit beschäftigt, was die Kommunisten zu tun haben, um dieses Grundgesetz, diese Verfassung zu schützen . . .", so wurde von Franz Ahrens, Chefredakteur des „Freien Volks", auf einer Konferenz des „Initiativausschusses für die Wiederzulassung der KPD" im Mai 1967 noch unverhohlener das politische Ziel der Revisionisten der KPD-Führung angegeben, als er dort ausführte: „Man darf deutschen Kommunisten in der Bundesrepublik nicht vorenthalten, was kommunistische Parteien in allen demokratischen Ländern Westeuropas als Selbstverständlichkeit zugebilligt wird: **integrierter demokratischer Bestandteil des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu sein.**"

Den Vogel aber schoß zweifellos der revisionistische Professor Ridder bei einem Gespräch in der schon erwähnten Fernsehsendung Monitor am Vorabend dieser Konferenz ab. Ernst, Staatssekretär des Innenministeriums und Gesprächspartner von Ridder äußerte dort Zweifel daran, ob die KPD wirklich bereit sei, sich an die Spielregeln des politischen Lebens in der Bundesrepublik zu halten. Ridder weist solche Befürchtungen weit von sich und antwortet: „Ich glaube, die gegenwärtigen, die gesamten programmatischen Emanationen (Ausführungen) der nunmehr in der Illegalität tätigen KPD weisen darauf hin, daß sie bereit ist, dieses Spiel mitzuspielen." Aber Staatssekretär Ernst reicht das nicht. Er will eine völlige Absage an die proletarische Revolution und bekommt sie auch, als er Ridder auseinandersetzt: „Daß man auf einem völlig legalen, demokratischen Weg erreichen soll, daß die jetzt führenden Schichten in Deutschland abtreten und die Macht der Diktatur, eh . . . dem Proletariat übergeben, das ist eine Utopie. Wenn sie es erreichen wollen, so können Sie es nur durch die Revolution erreichen, denn freiwillig wird doch die herrschende Gesellschaft sich nicht ableben. Ein solcher Fall des Selbstmordes . . ."

Ridder fällt ihm ins Wort: „. . . aber die Revolutionen sind in durchorganisierten Staaten . . . eine aussichtslose Sache. Und das einzusehen, sind auch die Kommunisten gescheit genug."

Daß die Revisionisten tatsächlich mit der Revolution nichts mehr im Sinn hatten, zeigt sich denn auch, als die KPD im Februar 1968 einen neuen Programmentwurf vorstellt, sozusagen als letzten Versuch, die Bourgeoisie umzustimmen und doch noch die Wiederzulassung der verbotenen KPD zu erreichen. In diesem Programm ist zwar noch vom Sozialismus die Rede, aber diese Art „Sozialismus" braucht die Bourgeoisie wirklich nicht zu fürchten. Da heißt es etwa:

„Eine von der Arbeiterbewegung geführte breite außerparlamentarische Volksbewegung wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, eine fortschrittliche, sozialistische Mehrheit im Parlament zu erlangen. In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht . . . Eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält, wird ihre Rechte wahrnehmen können." Was von einem solchen „friedlichen Weg zum Sozialismus" zu halten ist, brauchen wir hier nicht zu wiederholen. Staatssekretär Ernst vom Bundesinnenministerium hat sich dazu bereits sachkundig geäußert! Und was den „Sozialismus" angeht, den man auf diesem „friedlichen Weg" erreichen kann, so wird dort höchstens die Fassade so rot sein wie in der Sowjetunion und in der DDR. Das Fundament eines solchen Staatsgebäudes aber kann nicht anders sein als kapitalistisch.

Die Bourgeoisie machte auch gar kein Hehl daraus, daß es nicht etwa ihre Angst vor diesem Programm war, die sie die Pressekonferenz verbieten und einige Führer der KPD vorübergehend festnehmen ließ. Ihr ging es um ganz etwas anderes. Darum, den KPD-Führern klar zu machen, daß sie nun endlich nachgeben und die Neugründung der KPD in Angriff nehmen sollten. Deshalb weist sowohl die Polizei in der Begründung für das Verbot der Pressekonferenz ausdrücklich noch einmal auf diese Möglichkeit hin als auch der Innenausschuß des Bundestags, der den Vorfall diskutiert und den KPD-Führern einen entsprechenden Wink mit dem Zaunpfahl gibt.

Aber immer noch wollen die KPD-Führer nicht nachgeben. Jedenfalls nicht nach außen hin. Als Antwort auf eine Erklärung der Bundesinnenministerkonferenz vom 12. Oktober 1967 in Ulm, wo ebenfalls die Neugründung einer kommunistischen Partei befürwortet wird, erklärt das Mitglied des Politbüros, Willi Mohn, am 27. November 1967 im Freiheitssender 904: „Sie (die Innenminister - RM) wünschen sich eine KPD, die keine KPD wäre, bei der Kiesinger eventuell Ehrenvorsitzender werden könnte, eine KPD, die die Bonner Politik mehr oder minder toleriert . . . Aber das ist keine KPD . . . " Und Glückauf, ebenfalls Politbüro-Mitglied ergänzt: „ . . . Nie und nimmer wird ein Kommunist für solch eine Art der Neugründung einer KPD auch nur den kleinen Finger reichen." Und nach obenerwähnter Pressekonferenz um den Programmentwurf der KPD erklärt Max Schäfer dem „Spiegel": „Eine neugegründete Partei muß nach Ansicht der Bundesregierung drei fundamentale Prinzipien aufgeben: den Marxismus-Leninismus, die sozialistische Umwälzung und die Diktatur des Proletariats. Das ist für uns unannehmbar." (Spiegel 40/68)

Sprach's im Frühjahr 1968 und marschierte am 4. Juli des gleichen Jahres — 4 Wochen nachdem die Notstandsgesetze verabschiedet worden waren, — gemeinsam mit Grete Thiele zu Bundesjustizminister Heinemann und besprach dort auf der Bonner „Rosenburg" die Modalitäten für die Neugründung einer kommunistischen Partei. Das Bundesinnenministerium wurde anschließend über dieses Gespräch informiert. Wer nichts davon erfuhr, das waren die einfachen Mitglieder der KPD. Sie, die man natürlich auch nicht um ihre Meinung befragt hatte, erfuhren von der neuen Partei erst am 25. September 1968, als auf einer Pressekonferenz die „Neukonstituierung" (Neugründung mochte man nicht sagen) einer kommunistischen Partei bekannt gegeben wurde. Namensvorschlag: Deutsche Kommunistische Partei — DKP.

Zwar ließ man den „Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD" pro forma noch eine Weile bestehen — zur Beruhigung der Mitglieder und um neugierigen Journalisten gegenüber erklären zu können, die DKP habe mit der KPD nichts zu tun, sei keinesfalls ihre Nachfolgeorganisation. Aber in Wirklichkeit hatte man mit der Gründung der DKP nicht nur den Schlußstrich unter den Verrat am Kommunismus gezogen, sondern auch den Kampf gegen das KPD-Verbot vollständig aufgegeben. Erlebach, einer der Begründer der DKP, gab das in einem „Spiegel"-Interview auch offen zu, als er auf eine entsprechende Frage antwortete: „Ich glaube, es gibt im gegenwärtigen Moment keine Aufgaben, die der Initiativausschuß zu lösen hätte — er wird also, wenn Sie so wollen, Funkstille einlegen („Spiegel" 43/68). Und Funkstille herrschte um diesen Ausschuß wie um die KPD dann auch bis 1971, als mit dem offiziellen Eintritt des KPD-Vorsitzenden Max Reimann in die DKP die KPD auch formal liquidiert wurde.

So hatte die Bourgeoisie also erreicht, was sie wollte. Und angesichts der revolutionlären Ereignisse im Mai '68 in Frankreich, angesichts der Tatsache, daß sich in verschiedenen Ländern bereits revolutionäre marxistisch-leninistische Parteien gegen den revisionistischen Verrat gegründet hatten und eine solche Gründung auch in Westdeutschland ins Haus stand — schließlich gab es bereits seit einem Jahr den „Roten Morgen", und im Mai '68 hatten die bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen bereits zur Gründung einer „deutschen, revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei" aufgerufen — war der Bourgeoisie die Existenz einer sich „kommunistisch" nennenden bürgerlichen Partei so wichtig, daß sie dafür in Kauf nahm, daß diese Partei von Moskau und Ostberlin bezahlt und an der Leine gehalten wurde und sich sogar in ihrer Gründungserklärung ausdrücklich zum Überfall der sowjetischen Sozialimperialisten auf die CSSR bekannten.

Im Oktober 1968 hielt diese Partei, die DKP, dann ihren Gründungskongreß ab, bei dem sie, gründlich wie deutsche „Kommunisten" nun einmal sind, bei dem Bekenntnis zum Grundgesetz so weit ging, daß man sogar darauf verzichtete, die „Internationale" zu singen. Aber ist das verwunderlich bei einer Partei, deren Führer wie ihre Vorgänger, die Verräter der II. Internationale, „für das Linsengericht der nach den heutigen Polizeigesetzen erlaubten Organisationen . . . das Recht des Proletariats auf Revolution verkauft" haben?

Die Antwort der Marxisten-Leninisten auf diesen beispiellosen Verrat stand schon lange fest und erfolgte prompt. Unter der Führung des Genossen Ernst Aust hatten sie bereits seit dem Sommer 1967 das KPD-Verbot in der Praxis durchbrochen, den Marxismus-Leninismus propagiert und die Gründung einer neuen, in der Tradition der KPD Karl Liebknechts Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns stehenden Partei vorbereitet. Sofort nach der Gründung der DKP antwortete deshalb der „Rote Morgen" mit einem Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse, die Schaffung einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei in Angriff zu nehmen.

Und bereits die nächste Nummer des „Roten Morgen" erschien mit der Schlagzeile „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten gegründet". Allem Terror der Bourgeoisie und allem Verrat der Revisionisten zum Trotz besaß die deutsche Arbeiterklasse wieder ihre revolutionäre Vorhutpartei, unter deren Führung sie eines Tages die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erkämpfen wird. Diese Entwicklung wird niemand aufhalten können. Auch nicht „Seiner Majestät allergetreueste Opposition".

„Teilzeitkräfte gesucht. Ohne Lohnsteuerkarte." Solche und ähnliche Anzeigen finden sich fast täglich in den Zeitungen. Einzelhandelsunternehmen wie Aldi oder Deschauer, Putzfirmen, aber auch Zeitungsverlage und andere Unternehmen schreiben die Stellen aus, und viele Frauen greifen zu. Auch Christiane, Mutter von vier Kindern, dachte sich zunächst nichts dabei, als man ihr im Personalbüro von Deschauer, wo sie vor zwei Jahren um Teilzeitarbeit nachfragte, sagte:

„Sie können bei uns anfangen. Aber nur ohne Steuerkarte."

Das Geschäft mit der Teilzeitarbeit



Im Gegenteil, Christiane und ihr Mann waren sogar froh, daß Christiane nur für die Familienkasse und nicht auch für das Finanzamt arbeiten würde, und auch die vereinbarte Arbeitszeit von 15 Stunden pro Woche kam ihren Vorstellungen entgegen. Denn bei 15 Stunden die Woche, verteilt auf 5 Arbeitstage ließen sich Berufstätigkeit und Familie gut vereinbaren. So dachten sie.

Aber schon bald, nachdem Christiane bei Deschauer als Packerin (Stundenlohn 5,50 DM) angefangen hatte, zeigte sich der erste Pferdefuß. Christiane arbeitete nicht 3 oder 4 Stunden am Tag, sondern 8, 10, 12 und in der Zeit vor Weihnachten sogar mehrmals 14 Stunden. Wäre Christiane fest angestellt, bekäme sie dafür Überstundenzuschläge gezahlt. Aber nicht als Teilzeitkraft unter 20 Stunden die Woche, ohne Steuerkarte. Da werden die Stunden zusammengezählt und monatsweise verrechnet. Sogar wenn die monatliche Stundenzahl überschritten wird, wenn Christiane also mehr als 60 Stunden im Monat gearbeitet hat, zahlt Deschauer keinen Überstundenzuschlag. Die überzähligen Stunden werden einfach immer auf den nächsten Monat verrechnet. Und das ist bei Christiane bis jetzt praktisch jeden Monat passiert. Fast immer hat sie im Monat mehr Stunden gehabt als bezahlt wurden. Einzige Ausnahme sind die Sommermonate. Denn in den Sommermonaten, wenn Ferien sind, stellt Deschauer Studenten und Schüler ein. Für weniger Geld, versteht sich. Das Nachsehen haben die Teilzeitkräfte. Denn sie kommen in dieser Zeit nicht auf ihre 60 Stunden im Monat.

Inzwischen ist Christiane nicht mehr Packerin, sondern arbeitet in der Verkaufsabteilung (Stundenlohn 7,50 DM). In ihrer Abteilung ist eine einzige fest angestellte Kraft, die anderen sieben Kolleginnen von Christiane sind Teilzeitkräfte ohne Steuerkarte wie sie. Diese Frauen werden vom Personalchef der Deschauer-Filiale so eingeteilt, daß jede Frau ca. zwei Tage in der Woche ganztags da ist. Wann, an welchen Tagen das der Fall ist, darauf haben die Frauen keinerlei Einfluß. Das bestimmt allein der Personalchef. Und zwar werden jeweils am Freitag die Arbeitstage für die nächste Woche eingeteilt. Aber es kommt auch vor, daß Christiane an einem Tag, an dem sie nicht eingeteilt ist, morgens Bescheid gesagt bekommt, daß sie kommen soll. Dann muß sie ihre Haushaltsarbeit stehen und liegen lassen — die Kinder sind zum Glück schon größer — und gehen. Oder es geht ihr, wie im letzten Jahr vor Ostern. Vier Frauen hatte der Personalchef für den Samstag vor Ostern zum Arbeiten bestellt. Als sie kamen, stellte sich heraus, daß für vier überhaupt keine Arbeit da war und kurzerhand schickte der Chef zwei wieder nach Hause. Entschädigung? Gab es nicht. Denn auf dem Personalplan des Chefs war alles in Ordnung. Er hatte ihn kurzfristig geändert, aber vergessen, den Frauen diese Änderung mitzuteilen...

Gegen den langen Arbeitstag bei Deschauer — samstags beispielsweise von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends — gibt es Widerstand. Die Frauen haben sich besprochen und vorgeschlagen, den einen 12stündigen Arbeitstag in zwei 6stündige aufzuteilen. Aber der Vorschlag stieß beim Chef auf taube Ohren. Und für die Frauen ist es schwer, massiven, effektiven Widerstand zu organisieren. Sie sehen sich relativ selten, arbeiten ja nicht zusammen. Betriebsrat oder Betriebsversammlungen gibt es nicht für sie, weil sie ja keine fest Angestellten bei Deschauer sind, sondern Aushilfskräfte — auch diejenigen Frauen, die 3, 4 oder 5 Jahre dort arbeiten. Und weil sie zwar als Verkäuferinnen arbeiten, aber keine Verkäuferinnen sind, gibt es für sie auch keine Aufstiegsmöglichkeiten, keinen Tarifvertrag, kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, kein Krankengeld, keine rechtliche Absicherung bei Arbeitsunfällen. Auch die sonst üblichen Vergünstigungen erhalten sie nicht. Christiane bekommt keinerlei Prozente, wenn sie bei Deschauer einkauft, sondern muß den gleichen Preis bezahlen wie die anderen Kunden auch. Sie darf auch keinen angeschlagenen Apfel oder nicht mehr ganz frischen Salatkopf mitnehmen. Das ist verboten. Sie darf den gleichen Apfel oder den gleichen Salatkopf aber wegwerfen. Das ist erlaubt. Christiane kann das nicht verstehen, und auch die anderen Frauen sind über diese Deschauer-Unternehmerlogik empört.

Auch mit den Lohnerhöhungen bei Deschauer ist es so eine Sache. Vor einiger Zeit wurde der Stundenlohn erhöht. Christiane hat sich natürlich darüber gefreut. Aber mehr Geld hat sie am Monatsende dadurch nicht. Denn als Teilzeitkraft ohne Steuerkarte darf sie ja nicht mehr als 390 DM im Monat verdienen. Manche Frauen, die auf mehr Geld angewiesen sind, nehmen deshalb zwei solcher Teilzeitstellen ohne Steuerkarte an, obwohl das an sich verboten ist. In der Regel weiß das auch der Personalchef von Deschauer. Aber es stört ihn nicht. Warum auch. Wenn es herauskommt, geht es schließlich nicht ihm, sondern den Frauen an den Kragen.

Warum Christiane trotz dieser schlechten Erfahrungen als Teilzeitkraft ohne Steuerkarte bei Deschauer bleibt? Weil Deschauer sie mit Steuerkarte nicht nimmt. Sie hat selbst schon gefragt, und auch eine Nachbarin hat sich bei Deschauer um eine Teilzeitstelle beworben. Antwort aus der Personalabteilung: „Sie können sofort für 15 Stunden die Woche kommen." Als die Nachbarin erklärte, sie wolle mit Steuerkarte arbeiten, hieß es, dann könne sie leider bei Deschauer nicht anfangen. Bei anderen Einzelhandelsunternehmen wie Diwi, Aldi usw. ist es nicht anders. Überall heißt es: „Anfangen ja, aber nur ohne Steuerkarte." Manchmal wird es allerdings etwas anders ausgedrückt. So wie bei einem Grundstücksmakler in Bochum, der eine Teilzeitstelle für vormittags ausgeschrieben hatte und bei Anruf erklärte: Höchstverdienst 390 DM...

Die Nachbarin von Christiane hat es abgelehnt, ohne Steuerkarte zu arbeiten. Sie will nicht für den geringen Vorteil der Steuer- und Sozialabgabenfreiheit völlig recht- und schutzlos der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sein. Aber die meisten Frauen greifen zu. Und wer will es ihnen verdenken? Wenn Zehntausende von Frauen eine Teilzeitbeschäftigung suchen (nach der Umfrage eines Kölner Instituts suchten 1977 56 Prozent aller verheirateten Mütter und jede dritte kinderlose Ehefrau, die wieder arbeiten wollte, eine Teilzeitbeschäftigung), dann kann man nicht wählerisch sein.

Warum gibt es aber so viele Frauen, vor allem verheiratete Mütter, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen? Weil sie angesichts von viel zu wenig Kinderkrippen- und Kindertagesstättenplätzen, deren Öffnungszeiten zudem die Bedürfnisse der berufstätigen Frau überhaupt nicht berücksichtigen, gar keine andere Möglichkeit haben. Sie müssen versuchen, das Problem Kinder und Haushalt auf der einen, Berufstätigkeit auf der anderen Seite, individuell zu lösen. Ein Zustand, von dem die Frauen nur Nachteile, die Unternehmer dagegen große Vorteile haben. Vorteile übrigens, die auch die Regierung dieses „Sozialstaates" genau kennt, wie nebenstehende Zitate aus der Broschüre der Bundesregierung über die Teilzeitarbeit zeigen.

Und der Ausweg aus dem Dilemma? Er liegt darin, daß sich die werktätigen Frauen nicht mehr individuell und allein, sondern gemeinsam für die Lösung ihrer Probleme einsetzen, daß sie sich im Kampf zusammenschließen:

- **Für eine ausreichende Zahl von staatlichen und betrieblichen Kinderkrippen- und Tagesstättenplätzen.**
- **Für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, die nicht nur ein Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist, sondern auch zur Folge hätte, daß Frauen wie Männer Familie, Haushalt und Beruf besser vereinbaren könnten.**
- **Gegen die hohen Lohnsteuern und Sozialabgaben, die mit dazu beitragen, daß so viele Frauen sich bei Halsabschneidern à la Deschauer ohne Steuerkarte verdingen müssen, und**
- **Für die rechtliche Absicherung der Frauen, die heute ohne jeden Schutz und ohne minimalste Rechte ihre Arbeitskraft verkaufen müssen!**

Sie halten besser durch und arbeiten schneller

Wer auf dem Arbeitsamt oder bei einer Firma um eine Teilzeitstelle nachfragt, bekommt zwar selten eine Stelle, dafür aber immer den Eindruck vermittelt, als handle es sich bei den Teilzeitbeschäftigungen um einen besonderen Gefallen, den die Unternehmer den Frauen tun. Aus reiner Nächstenliebe, versteht sich.

Wie es wirklich ist, kann man in einer Broschüre der Bundesregierung lesen, die vor einiger Zeit an die bundesdeutschen Unternehmer verteilt wurde. Und zwar stützt sich diese Broschüre auf Betriebsbefragungen, die unter „personalpolitischen, betriebsorganisatorischen, technischen und ökonomischen Aspekten" durchgeführt wurden. Das Ergebnis liest sich dann so (zitiert nach „frauen und arbeit" 8/74):

„Teilzeitkräfte eignen sich besonders für schematische Arbeiten, da sie diese Arbeiten besser durchhalten als Vollzeitbeschäftigte. Teilzeitbeschäftigte halten aus gleichen Gründen monotone Arbeiten besser aus. Teilzeitbeschäftigte erbringen ein Maximum an Leistung. Teilzeitbeschäftigte haben weniger Abwesenheitszeiten als Vollzeitbeschäftigte. Teilzeitbeschäftigte arbeiten mindestens so gut wie Vollzeitbeschäftigte, konzentrierter und konstanter, haben aber oft eine größere Arbeitsmoral und Leistungsbereitschaft und bleiben länger im Betrieb." (Wenn der Betrieb sie nicht auf die Straße setzt, muß man hinzufügen. Denn nach Untersuchungen des DGBs sind Teilzeitarbeitsplätze wesentlich unsicherer als Vollzeitarbeitsplätze.)

Besonders interessant an dieser Broschüre: Die Bundesregierung weist die Unternehmer ausdrücklich daraufhin, daß man Teilzeitarbeitskräfte auch beschäftigen kann, ohne die normalerweise üblichen Arbeitgeberleistungen zahlen zu müssen...

Streiflichter

Gefährliche Einkaufswagen

Es gibt sie fast in jedem Geschäft, Einkaufswagen mit Kindersitz. Mit einem solchen Wagen ereignete sich im Juni ein tödlicher Unfall: Bei ihrem Einkauf in einem Supermarkt in Moers setzte eine Mutter ihren zweieinhalbjährigen Sohn in den Kindersitz des Einkaufswagens, den älteren Sohn auf den Boden. Nach dem Einkauf wollte sie im gegenüberliegenden Blumengeschäft noch etwas erledigen und ließ den Wagen mit den Kindern vor der Tür stehen. Die Kinder wippten im Wagen hin und her. Der Wagen kippte um, und der Kleine fiel so unglücklich, daß er an seinen Verletzungen starb. „Ich habe niemals den Gedanken gehabt, daß ein Einkaufswagen mit Sitzfläche für ein Kind umkippen könnte", sagte die Mutter in den Zeitungen.



Aber eine Untersuchung des Duisburger Gewerbeaufsichtsamtes nach diesem Unfall, durchgeführt in 20 verschiedenen Läden, ergab: In keinem dieser Läden gibt es einen sicheren Einkaufswagen mit Kindersitz. Alle sind gefährlich, können lebensgefährlich für die Kinder sein. Kommentar des Gewerbeaufsichtsamtes: „Leider können wir nichts weiter tun als über die Medien Eltern vor dem Gebrauch solcher Einkaufswagen zu warnen. Wir haben keine Befugnis, diese aus dem Verkehr zu ziehen."

Getroffene Hunde bellen

...sagt ein Sprichwort. Jüngst bellte wieder einer. Diwi hieß der Hund — pardon — die Firma. Und zwar erstattete Diwi Anzeige wegen „Beleidigung" gegen die Stadtteilzeitung Scharnhorst der Partei. Dort war nämlich ein Leserbrief (!) veröffentlicht worden, in dem eine Diwi-Kundin dagegen protestierte, daß fünf verschiedene Obstkörbchen, die jeweils mit 500 Gramm Gewicht ausgezeichnet waren und die sie nachwiegen ließ, jedesmal nur 450 Gramm enthielten. Eigentlich ist die Aufregung der Herren von Diwi nicht verständlich. Schließlich wurden Zeitung samt Leserbrief doch vor allem an Diwi-Kundinnen verteilt, und wenn die gute Erfahrungen mit der Ehrlichkeit der Diwi-Verkaufsmethoden haben, dann gibt's doch keinen Grund zur Aufregung, oder?





Bayrische Mannsbilder: langbeinig, langdaumig, kurzfingrig (Beispiel rechts: Franz Josef Strauß). Wobei die Ausnahme die Regel bestätigt: Münchens CSU-OB Kiesl bewies beim Griff in die Staatskasse eher lange Finger — seiner Frau Edigna ließ er sogar eine Hofdame anstellen.

Die neueste Kunde über den Versuch, die Unterlegenheit der Frau gegenüber dem Mann anatomisch nachzuweisen, dringt aus Bayern zu uns. Genauer gesagt, aus dem Münchner Stadtrat.

Langer Daumen — kurzer Verstand?

Um zu verhindern, daß 30 Mädchen ungeschriebenes Gesetz brechen und als gewerblich-technische Lehrlinge bei den Stadtwerken München Einzug halten könnten, kratzte Dr. Karl Juritza, Betriebsarzt dieser Stadtwerke, alles zusammen, was er an einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus längst-vergangener Studienzeit noch im Kopf hatte, mixte es mit einem gehörigen Schuß christlich-sozial-patriarchalischer Lebensphilosophie, warf vielleicht auch einen Blick auf die Beine diverser CSU-Stadtratsfrauen und verkündete als Gutachter vor versammeltem Münchner Stadtrat:

„Es ist eine nicht veränderbare Tatsache, daß Körperbau und Funktionen des weiblichen Organismus anders sind als die des männlichen. Der weibliche Körper ist im Durchschnitt 10 Prozent kleiner als der des Mannes. Die Frau hat kürzere Arme und eine 10 Prozent geringere Reichweite als der Mann. Der Daumen der weiblichen Hand ist kürzer, der Zeigefinger länger. Auch die Beine der Frau sind kürzer..." Worauf für jeden wissenschaftlich gebildeten Menschen im Münchner Stadtrat — und solche Menschen bilden dort die Mehrheit — sofort klar war: Für Berufe vom Maschinenschlosser bis zum Elektroingenieur sind Mädchen völlig ungeeignet. Rein anatomisch gesehen, versteht sich.

Was soll man dazu sagen als kurzdaumige Frau eines langdaumigen Mannes? Vielleicht Dr. Karl Juritza und den Münchner CSU-Stadträten vorschlagen, die Wissenschaft bzw. den Stadtratssitz fahren zu lassen und stattdessen als Maschinenschlosser zu arbeiten? Mannsbilder, die sie sind, langbeinig, langdaumig und kurzfingrig, müßten sie — anatomisch gesehen — ja geeignet sein. Das Problem ist nur, daß ihnen bei einer erfolgreichen Maschinenschlosserlaufbahn zwar nicht die langen Beine, dafür aber ihr kurzer Verstand im Wege stehen könnte. Und die Gefahr besteht bei einer Stadtratslaufbahn natürlich nicht. Da reicht es, bei der Abstimmung den kurzen Zeigefinger zu heben...

Weg mit den Berufsverboten!



Demonstration der Schüler

Fortsetzung von Seite 1

Berufsverbote zu protestieren. Diese Versammlung wurde von der „Initiative für Einhaltung der Verfassung — gegen Berufsverbote" einberufen, in der die SEW-Revisionisten tonangebend sind. Daß aber hier so viele Menschen zusammengekommen sind, zeigt, auf welche Empörung die Bonner Berufsverbotspraxis in der Bevölkerung stößt. Insgesamt ist die Solidarisierungswelle sehr groß. Gewerkschaftsgruppen und einzelne Persönlichkeiten erklären ihre Solidarität.

Die Behörden haben es in diesem Fall besonders schwer, ihr Berufsverbot durchzusetzen. Trotzdem ist ihnen kein Mittel schlecht genug, um ihr Ziel zu erreichen. Davon können zwölf Schülervertreter ein Lied singen, die während des Schülerstreiks vom Charlottenburger Bezirksbürgermeister Roman Legien zusammengerufen wurden. Er versuchte ihnen ganz väterlich klarzumachen, daß sie doch auch keinen Sittlichkeitsverbrecher als Lehrer haben wollten. Sie sollten auf ihre Mitschüler einwirken, daß sie sofort alle Boykottmaßnahmen einstellen, andernfalls erhielten die Schüler einen Vermerk ins Zeugnis. Damit würde dann wohl die Lehrstellensuche endgültig überflüssig!

Aber die Schüler, die kämpfen wollen, haben auch Erfahrungen mit Hans Apels Partei, der SEW, machen müssen. So hat die SEW den Schulstreik nicht unterstützt! Sie propagierte nur Kampfformen wie Unterschriftensammlungen unter den Schülern. Ihr Bestreben ist es, den Kampf für die Wiedereinstellung Hans Apels in einen Kampf für die Verfassung umzumünzen. Damit wollen sie ihr langfristiges Ziel erreichen, alle Kämpfe gegen Berufsverbote im Rahmen der vom Grundgesetz festgelegten Grenzen zu halten. Jeder, der ehrlich gegen Berufsverbote kämpft, muß sich hereingelegt vorkommen.

Und Hans Apel ist von seiner Partei an die Kadare genommen worden. So versucht er, seine Lehrerkollegen davon abzuhalten, eine Solidaritätserklärung zu unterschreiben, weil das angeblich zu gefährlich sei. Aber trotz der Versuche der SEW, den Kampf in „legale" Bahnen zu lenken und Illusionen in das Grundgesetz zu schüren, die Bewegung gegen Berufsverbote läßt sich nicht aufhalten, sie ist ständig im Wachsen begriffen. Und diese Bewegung fordert kompromißlos:

Weg mit den Berufsverboten!

Ein Samstagnachmittag in Haidhausen

Volkskorrespondenz. In München-Haidhausen sind am Samstag nachmittag die Straßen wie leergefegt. Die Menschen in den Mietshäusern ruhen aus von der Arbeitswoche, bereiten den Kuchen für den Nachmittagskaffee vor oder den Sonntagsbraten. Dazu die Sportschau im Fernsehen. Auch heute am 31. 9. 78 liegen die Straßen und Plätze verlassen da.

Aber, halt! Unsere Beschreibung stimmt nicht ganz. Dort, vor der Einfahrt des Hauses Weißenburgerstraße 39 rührt sich was. Männer und Frauen sitzen dort zusammen, Stühle an die Hauswand gelehnt, damit der Gehsteig nicht blockiert ist. Sie unterhalten sich über bayrische Volksmusik, trinken Rotwein, sind gut aufgelegt, aber nicht laut.

Mieter sind es aus der Weißenburgerstraße 39, darunter der Hausbesitzer Ferdinand (Ferdl) Schuster (33) und sein Spezi Matthias Walter Schaschko (27) und Leute aus den Nachbarhäusern, Arbeiter, Angestellte, Studenten.

Ein Streifenwagen der Polizei fährt durch die Straße. Die Leute am Trottoir beeindruckt das nicht weiter. Gegen 16 Uhr kommt wieder einer der weißgrünen Wagen um die Ecke, fährt aber nicht weiter, sondern hält vor dem Haus Nr. 39. Schließlich entsteigen zwei junge Polizisten dem BMW und gehen auf unsere Freunde vor der Toreinfahrt zu; ohne ein weiteres Wort, arrogant und aggressiv. „Sie wollen hier einen Flohmarkt abhalten, zeigen Sie mal ihre Genehmigung."

Den Schuster Ferdl haben sie gefragt, und der antwortete ruhig und höflich: Der Flohmarkt sei ja in der „Süddeutschen Zeitung" angekündigt und eine Genehmigung brauchten sie deshalb ja nicht, weil der Flohmarkt doch auf seinem Grund und Boden stattfindet. „Und wenn — zeigen Sie uns die Genehmigung! Und Ihren Ausweis." Auch Schorsch Schaschko war angesprochen, er zeigt seinen Ausweis. Ferdl Schuster hat seinen in der Wohnung und will ihn holen. Einer der Beamten geht zum Wagen und spricht ins Mikrophon.

An dieser Stelle müssen wir erklären, Schuster und Schaschko haben in dem kurzen Gespräch, das wir mit ihnen führen konnten, immer wieder betont, daß sie ganz normale Leute sind. Weder sie noch ihre Freunde haben die Polizisten provoziert oder irgendetwas getan. Ferdl Schuster kommt aus einer bekannten alteingesessenen Haidhauser Familie, er hat ein amputiertes Bein, ist Prothesenträger und erklärter Pazifist.

Die Ereignisse überstürzen sich. Sekunden nach dem Funkspruch beherrscht die Polizei die Straße, elf Streifenwagen und ein Mannschaftswagen. Vier Polizisten, ohne Hausdurchsuchungsbefehl, begleiten Ferdl Schuster in seine Wohnung, um den Ausweis zu sehen. Den nehmen sie ihm dann weg. Auch Schuster muß wieder mit. Weil es wegen der Prothese nicht so flott geht, helfen sie ihm. Sie nehmen den eher schmächtigen Schuster in die Mitte und stoßen ihn die Treppe hinunter. Schuster und Schaschko werden im Polizeigriff abtransportiert und in Autos gestoßen. Dann fährt der Konvoi 300 Meter weiter zur Polizeiinspektion 12.

Der Rest ist schnell erzählt. „Auf Kommando", berichtet Schaschko, „rissen sie die Rollos herunter, dann ging's los. Mehrere Beamte standen um mich herum und schlugen zu, auf Gesicht und Körper. Ich spürte, wie mein Auge von den Schlägen anschwoll. Meine Nase blutete. Einer sagte: ‚So, ein Österreicher bist du', und schlug noch einmal zu." Aus dem Nebenzimmer hörte er seinen Freund Ferdl schreien. Schuster: „Sie warfen mich zu Boden und prügelten auf mich ein, meine Brücke auf den Vorderzähnen zerbrach. Ich mußte Blut auf den Boden spucken. So nebenbei fragte einer: ‚Wie stehts denn beim Bayern-Spiel?'" Als Ferdl Schuster nach zwanzig Minuten auf der Straße stand, war auch die Befestigung seiner Beinprothese gerissen. Einen Anwalt durften sie nicht benachrichtigen, man gab ihnen auch noch einen guten Rat auf den Weg mit: „Wenn irgendetwas davon in der Zeitung erscheint, seid ihr dran... Dann ist eine Anzeige wegen Widerstand fällig."


Brutaler Polizeieinsatz in München-Haidhausen

Schaschko und Schuster haben sich nicht daran gehalten, aber nach Auskunft ihres Anwalts ist bis heute noch keine offizielle Anzeige eingegangen. Hunderte von Menschen haben die Sache mitbekommen. Die Polizei versucht, sich durch einen Wust von widersprüchlichen Lügen und zynischer Ehrlichkeit aus der Affäre zu ziehen. „Kein besonderes Vorkommnis — eine routinemäßige Personalienfeststellung", hieß es am selben Abend in der Einsatzzentrale der Polizei. Am Montag werden die beiden Betroffenen zu „Neurotikern mit Selbstzerstörungstrieb" erklärt: „Sie sind auf der Wache sehr aggressiv geworden und haben die Beamten angegriffen. Man hat sie dann mit Gewalt zur Raison gebracht. Richtig ist, die Jalousien wurden heruntergelassen, zur Eigensicherung, weil sich vor dem Revier Menschen ansammelten." Ja, Menschen liebt die Polizei nicht. Dem älteren RM-Leser werden Text und Ton dieser Musik bekannt vorkommen. Schuster und Schaschko haben Anzeige erstattet. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Ob Verkäuferin oder Rentner, viele haben den Opfern von sich aus Unterstützung und ihre Bereitschaft zugesagt, gegen die Polizei als Zeugen auszusagen. Wir haben herumgefragt und darüber nachgedacht, was die Polizei zu so einer Aktion, die auch in der bürgerlichen Presse zwei Tage lang Staub aufwirbelte, bewogen haben könnte. Wir haben keine vernünftige Erklärung gefunden, aber vielleicht gibt es die auch gar nicht. Vielleicht haben die Polizisten vom 12. Revier auch nur ihrer Freude auf angemessene Weise Luft machen wollen: am nächsten Tag, am 1. Oktober trat nämlich das neue Polizeigesetz in Bayern in Kraft!

Zum Kampf gegen die Berufsverbote für DKP-Mitglieder

Die Genossen der Roten Garde in Westberlin haben den Kampf gegen das Berufsverbot, welches über den Lehrer Hans Apel verhängt wurde, aktiv unterstützt. Eine gute Sache, die gar nicht so selbstverständlich ist. Denn Hans Apel gehört der revisionistischen SEW an. Und bislang haben die Partei und die RG bei Berufsverboten gegen Mitglieder der DKP oder SEW keinen Kampf geführt.

Diese Haltung ist zum einen auf die berechtigte Kritik vieler Kollegen, gerade auch der über die unverschämten Berufsverbote empörten Eltern, Lehrer und Schüler gestoßen, die es einfach nicht verstehen wollten, daß wir die Solidarität mit zweierlei Ellen messen. Zum anderen war diese Haltung auch ein gefundenes Fressen für die DKP-Führer, die uns als Leute hinstellten, denen es gar nicht um den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte ginge, die nur ihre eigenen engen Organisationsinteressen wahrten und schließlich gar der Bourgeoisie bei der Durchpeitschung der Berufsverbote Schützenhilfe leisteten.

Rufen wir uns kurz die Argumente zurück, mit denen wir unsere damalige Haltung begründeten. Aus der unbestreitbaren Tatsache, daß es sich bei der DKP um eine reaktionäre Organisation handelt, die vollständig auf dem Boden des kapitalistischen Systems steht, folgerten wir, daß es sich bei den Angriffen gegen Mitglieder dieser Organisation im öffentlichen Dienst nur um ein Manöver zwecks „Aufwertung" dieser Partei zu einer angeblich staatsfeindlichen Kraft, oder bestenfalls um Widersprüche im Lager des Klassenfeindes handeln könne. Eine Betrachtungsweise, die von der Politik der Bourgeoisie selbst widerlegt wird. Denn nehmen wir beispielsweise einen anderen Schauplatz des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte. Nehmen wir die Gewerkschaften. Hier wird seit Jahren auf dem Boden der reaktionären „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der Rausschmiß revolutionärer und klassenkämpferischer Kollegen betrieben. Aber während die Bonzen etwa ausdrücklich die Mitgliedschaft in unserer Partei oder in der RGO für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in den DGB-Gewerkschaften erklären, ist die DKP ebenso ausdrücklich von diesen „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" ausgenommen.

Sollte das etwa auch ein Manöver sein? Nur mit umgekehrtem Vorzeichen? Sollte ausgerechnet in der Arbeiterbewegung die DKP „abgewertet", vor aller Augen als systemerhaltende Kraft hingestellt und ihr Unterschied zu den revolutionären Gewerkschaften herausgestellt werden? Wie man sieht, eine heillose Widersprüchlichkeit. Tatsächlich sind doch die Angriffe gegen DKPler oder auch Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen im öffentlichen Dienst ein Anzeichen dafür, wie weit die Faschisierung in unserem Land fortgeschritten ist. Sie zeigen, daß die Bourgeoisie daran geht, den öffentlichen Dienst radikal von allem zu säubern, was auch nur im entferntesten im Verdacht des Widerstands gegen ihre reaktionäre Politik steht.



Wie ist es denn mit den DKP-Mitgliedern, die als Lehrer arbeiten? In der Regel treten sie — ob aus eigener Überzeugung oder um Sympathien für ihre Partei zu gewinnen — gegen Ungerechtigkeiten im Bildungswesen auf, gegen bestimmte offen reaktionäre Bildungsinhalte, für kleinere Klassen, machen teilweise Propaganda gegen die Bonner Rüstungspolitik, für Kriegsdienstverweigerung usw. usf. Gerade eine solche Tätigkeit ist der Bourgeoisie schon zuviel, eine solche Tätigkeit will sie nicht dulden, obwohl sie aus der Ecke einer Partei kommt, die sich nicht nur lauthals zum Bonner Grundgesetz bekennt, sondern die auch tatsächlich auf dem Boden der kapitalistischen Ausbeuterordnung steht.

Wenn man also die Tatsachen richtig betrachtet, so sind die Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder ein besonders krasser Ausdruck des Grads der Faschisierung, der politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik. Deshalb ist es unsere Aufgabe, wie an anderen Fronten, so auch hier den Angriffen der Bourgeoisie und ihres Staates entgegenzutreten. Das heißt ja nicht, daß wir damit etwa auf den Kampf gegen die DKP verzichten. Im Gegenteil, wir werden es uns natürlich nicht verbieten lassen, unsere Meinung über diese Partei zu sagen, oder beispielsweise dagegen aufzutreten, daß eine Berufsverbotskampagne — wie schon oft geschehen — in das Fahrwasser einer Propagandaaktion für die DKP hinübergezerrt wird. An erster Stelle aber steht die Zurückschlagung des jeweiligen Angriffs, die Solidarität mit dem oder der Betroffenen.

Dabei spielt natürlich auch die Person des jeweiligen DKP-Mitglieds eine Rolle. Zum einen werden wir nicht unbesehen jedes einfache Mitglied mit den reaktionären Führern seiner Partei vom Schlage eines Mies oder Erlebach in einen Topf werfen. Gerade der Genosse Ernst Aust hat in seinen Reden immer wieder herausgestellt, daß man hier differenzieren muß zwischen den Mitgliedern und der Führung. Zum anderen ist für unsere Position im Kampf gegen ein Berufsverbot natürlich auch die Haltung des Betroffenen, sein Auftreten, die Politik, die er betrieben hat, von Bedeutung. Wenn wir also in einer Initiative gegen ein solches Berufsverbot mitarbeiten oder den Kampf dagegen auf eine andere Art unterstützen, werden wir sehen, wie sich die Kollegen oder bei einem Lehrer auch die Eltern und Schüler zu den Betroffenen stellen, ob er ihre Interessen aktiv vertreten hat oder ob er gegen diese Interessen aufgetreten ist. Wobei der zweite Fall die Ausnahme ist, denn solche Leute werden ja selten rausgeschmissen. Wo immer die Kollegen — was die Regel ist — gegen das Berufsverbot auftreten, werden wir den Kampf für die Wiedereinstellung aktiv unterstützen.

Manöver-Nachlese

Soldatenkorrespondenz aus München

Die „Blaue Donau" war die größte Heeresübung des 2. Korps seit drei Jahren. Beteiligt waren 40.000 deutsche, 6.000 amerikanische und kanadische Soldaten mit 16.000 Radfahrzeugen, 3.200 Panzern und 180 Hubschraubern. Es wurden 65 Unfälle verursacht, davon 4 tödliche und 11 mit Schwerverletzten. Die Kosten waren mit 15 Millionen Mark veranschlagt plus 7 Millionen Mark für Übungsschäden.

An ein paar Beispielen möchte ich zeigen, wie volksfeindlich sich die Bundeswehr aufführte und wie verhaßt sie bei der Bevölkerung ist.

In meinem Einsatzort machte sich der Gefechtsstand der 1. Gebirgsdivision in einer Wirtschaft breit. Für die Mannschaften bestand nun Wirtschaftsverbot. Der Stab dagegen feierte abends feuchtfröhlich seinen „Krieg". Nach zwei Tagen Einsatz wechselte der Gefechtsstand. Zurück blieb ein demolierter Nebenraum mit abgerissenen Tapeten!

Am schlimmsten wüteten die Panzer. Mit ihrer Überbreite von 3 Metern nahmen sie die ganze Straße in Anspruch. Zur Sicherheit sollte vor jeder Panzerkolonne ein Feldjägerauto mit Blaulicht fahren. Das war aber nur selten der Fall. Zwei Menschen kamen durch Panzer ums Leben. Eine junge Frau wurde abends von einem Panzer zerquetscht. Von dem Fahrer nahm die Polizei gleich eine Blutprobe (!?). Welch Hohn! Und ein Kamerad wurde von einem Panzermörser überrollt.

In Hechingen bei Weissenburg stellte sich ein Jagdpächter mit geladener Schrotflinte einem Panzer entgegen, als der durch sein Jagdrevier fahren wollte.

Damit die Übung echt wirkte, nahmen die Panzer wenig Rücksicht auf die Interessen der Bauern. Durch den verregneten Sommer war noch ein großer Teil der Ernte auf dem Feld. So fuhren drei Panzer nebeneinander durch ein Maisfeld.

Gleichzeitig mit den Panzern tauchten sogenannte „Übungsschadensoffiziere" auf (Regierungsbeamte). Sie hatten beim Schätzen der Flurschäden keine freigiebige Hand. Die Bauern sind dem Wohlwollen bzw. der Unkenntnis dieser Bürokraten ausgesetzt. So wollte einer den Schaden für ein Rapsfeld nicht aufnehmen, weil „Raps hier normalerweise nicht angebaut wird". Für Schäden an Haus und Hof wie Dachrinnen, Zäune wird nur der Materialwert ersetzt. Reparieren muß der Bauer selbst.

Die Versorgung mit Lebensmitteln war ein Graus. Wir wurden nur einmal pro Tag beliefert. Wie wir allerdings die Wurst und die Butter bei dem heißen Wetter bis zum nächsten Morgen aufheben sollten, war den Herren egal. Sie konnten im Hotel oder Gasthaus jeden Tag Schnitzel essen.

Das einzige, was wir frisch bekamen, war die Feldzeitung „Donauexpress". Darin stand zum Beispiel wie sehr sich die Einwohner eines Vierhundertseelendorfes freuten, als sich die Einwohnerzahl fast verdoppelte. Der Teil einer Panzeraufklärungskompanie marschierte ein und ließ sich häuslich nieder. Die Kompanie nahm ohne lange zu fragen die Höfe der Bauern als Parkplätze und die Wirtschaft als Hauptquartier.

Logischerweise bezeichneten sich die beiden kämpfenden Gruppen als „Rot" und „Blau". Unter „Rot" waren die 1. GebDiv und eine US-Brigade, unter „Blau" die 1. LuftlandeDiv, die 10. PzDiv und eine kanadische Brigade zusammengefaßt. Und wer, glaubt ihr, hat gewonnen?

Würmer in Pralinen

Volkskorrespondenz aus Usingen

Wie sehr die Gesundheit der Werktätigen durch die Profitsucht der Nahrungsmittelindustrie gefährdet ist, erkennt man in der Vorlage des Jahresberichts 1977 der staatlichen chemischen Untersuchungsämter. Demnach wurden als „Brotzusatz" Kordeln, Folien, Tierzähne, Fliegen, Papier und Raupen entdeckt. In Süßwaren wie Marzipan, Nougat und Schokolade gab es Motten, Maden und Spinnen sowie Fraßstellen. In Konserven befanden sich Drahtklammern, Glassplitter, Schnecken, und in Saft- und Limonadenflaschen fand man Desinfektionsmittel und Reinigungslaugen. Bei Kontrollen von Fritierfetten wurden 64 Prozent der Proben beanstandet.

Bekanntlich sind die Überprüfungen und Kontrollen bei den Nahrungsmittelherstellungsbetrieben selten und betreffen auch nur Bruchteile der gesamten Produktion. Man kann sich vorstellen, wie oft Waren mit solchen Zusätzen verkauft wurden, bevor man sie bei Kontrollen entdeckte. Ich habe selbst schon Würmer in einer Pralinenschachtel gefunden. Verstöße gegen Herstellungsvorschriften, wie zum Beispiel Desinfektions- und Reinigungsmaßnahmen sind an der Tagesordnung. Ein Großteil der Lebensmittel wird in Fließbandfertigung hergestellt, und die dortige Arbeitshetze infolge von Rationalisierungen und Akkordsteigerungen lassen es nicht zu, diese Vorschriften einzuhalten. Fazit: Man braucht eine gute Verdauung, um seine Arbeitskraft durch Essen erhalten zu können.

(Quelle: „Frankfurter Rundschau" 1. 9. 78)



Bis in die Abendstunden stand die Bevölkerung vor dem Haus, in dem der Überfall der Polizei stattfand.

Mit Schüssen Wohnung gestürmt

Polizeieinsatz in Hannover

„Terroristenfahndung. Schüsse, Tränengas! Polizei stürmte Wohnung. Zwei Verdächtige festgenommen", verkündete „Bild"-Hannover am 12. 10 78. Und im Artikel wird die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zitiert: „Vermutlich Randfiguren der Terrorszene — sie werden noch überprüft." Was diese Überprüfung dann ergab, berichtete „Bild" seinen Lesern nicht mehr.

Es stellte sich nämlich heraus, daß der Terroreinsatz der Polizei — sechs Tränengasgranaten durchschlugen die Fensterscheiben von zwei Wohnungen, Sprengstoff wurde eingesetzt und 20 Polizisten in Panzerwesten und mit gezückten Waffen stürmten eine Wohnung, die schon lange vorher polizeilich überwacht worden war — keineswegs „mutmaßlichen Terroristen" gegolten hatte, sondern einer Studentin und ihrem Freund, die mit der „Terrorszene" überhaupt nichts zu tun haben.

Nichts bis auf die Tatsache, daß die festgenommene junge Frau die **Schwester** einer „mutmaßlichen Terroristin" ist. Und das dient der Polizei auch nachträglich noch als Rechtfertigungsgrund für ihren Einsatz. So schreibt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" am 13. 10. 78 unter der Überschrift „Wohnung war kein Terroristenunterschlupf": „Denn glaubt die Polizei, das Vorgehen mit Sprengstoff, Tränengasgranaten und Maschinenpistolen rechtfertigen zu können? Gestern wurde bekannt: ...Die am Mittwoch in Linden vorübergehend festgenommene junge Frau ist die Schwester der mutmaßlichen Terroristin, Cornelia von Dyck." Für ein solches Vorgehen gab es in der Zeit des Hitler-Faschismus eine treffende Bezeichnung: Sippenhaft!

Völlig zu Recht heißt es deshalb in einem Flugblatt der KPD/ML zu diesem Vorfall: „Die Methoden, die sie anwenden, die sind vielen noch aus der Zeit vor und nach '33 bekannt. Deshalb wehren wir uns! Kampf dem Polizeiterror!" Auf diesem Flugblatt wird auch eine Presseerklärung der Betroffenen verbreitet, die wir im folgenden wiedergeben.

Presseerklärung

Am Mittwoch, dem 11. 10. 78 wurde gegen Mittag meine Wohnung in Hannover von der Polizei gestürmt. Sie fahndeten nach meiner Schwester, Elisabeth von Dyck, die als mutmaßliche Terroristin gesucht wird.

Ohne Vorwarnung wurde die Wohnungstür gesprengt und kurze Zeit später Tränengasgranaten vom gegenüberliegenden Haus und vom Treppenflur in die Wohnung geschossen. Mein Freund, mit dem ich seit gut einem Jahr in dem Haus zusammenlebe, war zu dieser Zeit allein in der Wohnung. Nach der Explosion an der Wohnungstür, die er für eine mögliche Gasexplosion hielt, hatte er auf sein Rufen, was denn los sei, keine Antwort erhalten. Er lief zum Fenster und sah auf der Straße ein großes Aufgebot an in zivil gekleideten Scharfschützen. Sein nochmaliges Rufen ins Treppenhaus blieb auch unbeantwortet. Nun zersprangen die Fensterscheiben, und die Gasgranaten vernebelten die Wohnung. Nur durch Zufall wurde mein Freund durch die Geschosse nicht verletzt.

Man stelle sich vor, es hätten sich zu diesem Zeitpunkt Kinder oder Personen mit schwacher Konstitution in der Wohnung aufgehalten. Erst nachdem die Polizei durch ihren Überfall die Wohnung derart verwüstet hatte, wurde mein Freund aufgefordert, mit erhobenen Händen herauszukommen. Ohne jegliche Begründung legte man ihm Handschellen an und führte ihn ab. Erst einige Stunden später, nach der erkennungsdienstlichen Behandlung, wurde ihm der Grund der Verhaftung mitgeteilt.

Mich verhaftete die Polizei, als ich meinen Wagen bei meiner Rückkehr von der Fachhochschule in der Nähe des Hauses einparken wollte. Mit vorgehaltener MP wurde ich aus dem Auto gezerrt und sofort in Handschellen abgeführt. Auch mir wurde keinerlei Erklärung gegeben. Die Gründe für die Verhaftung erfuhr ich erst Stunden später, nach meiner erkennungsdienstlichen Behandlung.

Da die Ermittlungen der Polizei keinerlei Anhaltspunkte für einen Aufenthalt meiner Schwester in der Wohnung ergaben, wurden wir nachts gegen ein Uhr aus der Haft entlassen. Nicht zuletzt auch dank der schnellen Reaktion von Nachbarn und Bekannten, die dafür sorgten, daß uns Rechtsbeistand zuteil wurde.

Durch das Vorgehen der Polizei und die Darstellung in der Presse wurde der Eindruck erweckt, daß es sich bei uns um Zugehörige der „Terroristenszene" handeln muß. Für uns wird es jetzt und in Zukunft sehr schwer sein, diesem Bild entgegenzuwirken — sowohl bei unseren Nachbarn als auch bei unserer weiteren beruflichen Laufbahn.

Wir vermuten, daß die Polizei bei ihrem Großeinsatz eher auf publikumswirksame Effekte abzielte als durch eine einfache Hausdurchsuchung das Gesetz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren.

gez. Cornelia von Dyck

Liebe Leser...

der Oktober liegt in den letzten Zügen, und auch der November wird langsam aber sicher vorübergehen. Spätestens am 30. 11.! Genau betrachtet, steht der 1. 12. 78 also schon vor der Tür — der Einsendeschluß für den Erzählwettbewerb „Aus dem Leben und aus dem Kampf der KPD/ML"...

Höchste Zeit also für alle, die erzählenswerte Erinnerungen haben (und wer hat die nicht?), zu Papier und Kuli bzw. Schreibmaschine zu greifen und mit dem Schreiben zu beginnen. Über diesen oder jenen Kampf der Werktätigen, in den sie als Genossen eingegriffen haben; über diese oder jene mutige Aktion gegen den Klassenfeind; über diesen oder jenen Kollegen, den sie für die Partei gewonnen haben; über dieses oder jenes Ereignis aus dem Leben der Partei, das sie besonders bewegt oder besonders gefreut hat. Gefragt ist alles: Humorvolles und Ernstes, Satirisches und Spannendes. Geschickt werden können Anekdoten, Reportagen, Erzählungen und Kurzgeschichten. Klar, die Wahl des Themas und die Wahl der Form ist nicht einfach. Aber überlegt nicht zu lange. Denn, wie schon gesagt, genau betrachtet, steht der 1. 12. 78 bereits vor der Tür, und eine Reihe Erzählungen sind auch bereits eingetroffen...

Veranstaltungen

Auftritt des „Roten Sprachrohrs" Hamburg am 22. 10. um 11 Uhr in Ludwigshafen-Gartenstadt, im „Volkshaus", Königsbacherstraße.

Sportfest der Roten Garde am 22. 10. um 9.30 Uhr, Krefeld, Kaiser-Wilhelm-Park

Veranstaltung der Roten Garde mit der Gruppe „Zeitzünder" am 22. 10. um 18 Uhr, Krefeld, „Haus Blumental", Moerserstr. 54

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der letzten Woche gingen folgende Spenden für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML ein:

9.10.	
Zelle Daimler, Westberlin	**150,00**
M. B., Westberlin	**30,00**
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Kiel	**300,00**
G. B., Nagold	**10,00**
Hochzeitsfeier und Wahlveranstaltung, Gießen	**506,77**
H. Sch., Kassel	**50,00**
M. D., Hamburg	**10,00**
Kunden des Buchladens Hoffmann, Flensburg	**70,00**
W. R., München	**200,00**
10.10.	
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Köln	**70,00**
Stadtteilzelle Münster	**100,00**
Hochzeitsfeier Ludwigshafen	**52,81**
11.10	
E. H., Westberlin	**10,00**
I. H., Schleswig	**40,08**
P. A., Dortmund	**5,00**
F. B., Mannheim	**25,00**
12.10.	
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Münster	**1.000,00**
G. H., Albertshofen	**100,00**
P. R., Hamburg	**20,00**
13.10.	
P. W., Immenstaad	**20,00**
Zelle Bayer-Leverkusen	**126,00**
N. Sp., Bremen	**10,00**
Krankenhauszelle Ost, Bremen	**500,00**
G. G., Kiel	**20,00**
R. L., Idar-Oberstein	**10,00**
Zelle Nordstadt, Dortmund	**1.000,00**
insgesamt	**4.435,66**

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

21.404,82 DM

an Spenden bei uns ein.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Ko.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Ko.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML



Streik der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, 1889. Jugendliche greifen eine Militärpatrouille an.

100 Jahre Sozialistengesetz

Von Bismarck zu Schmidt

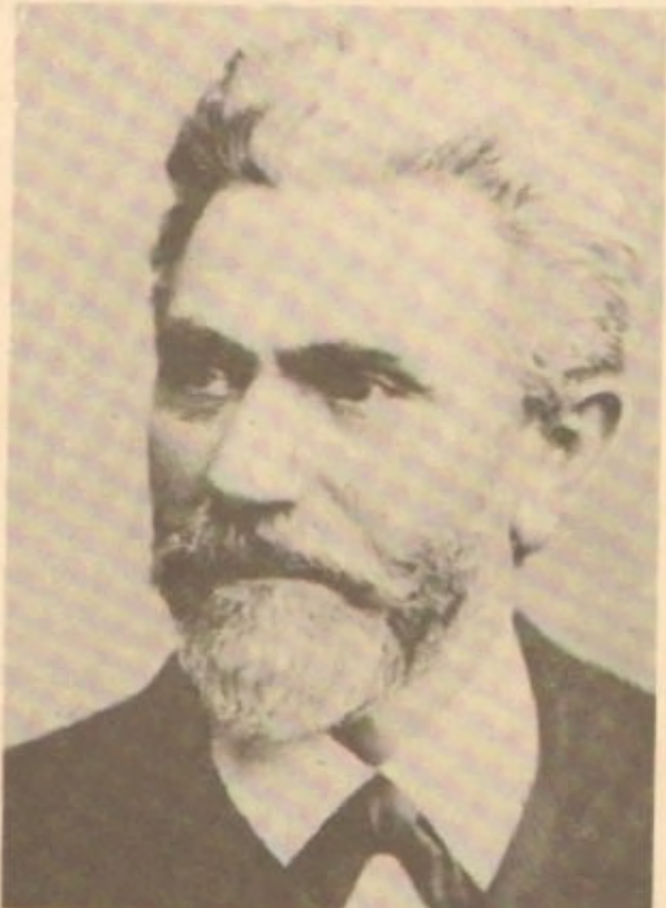
Wegen „Majestätsbeleidigung" wird heute in der Bundesrepublik kein Mensch mehr verurteilt. — Es gibt ja auch keinen Kaiser mehr wie zur Zeit der Sozialistengesetze. Heute heißt das Delikt schlicht „Beleidigung" oder „böswillige Verächtlichmachung und Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland bzw. eines ihrer verfassungsmäßigen Organe". Im Sozialistengesetz war von Vereinen die Rede, „welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken"; heute heißt es knapp: „verfassungsfeindlich".

Das Sozialistengesetz wurde vor rund 100 Jahren, am 19. 10. 1978, vom deutschen Reichstag in Berlin verabschiedet und am 21. 10. 1878 in Kraft gesetzt. Heute aber ist es mehr als nur eine historische Erinnerung. Der reaktionäre Geist, der es hervorgebracht hat, ist heute immer noch lebendig, bedrückt und vergiftet immer noch das Leben der werktätigen Menschen. Die Gesetze, die heute wieder die Verfolgung der fortschrittlichen und revolutionären Bestrebungen in unserem Land regeln — KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Gesetze zur Inneren Sicherheit, Antiterrorgesetze, Radikalenerlaß, Gesetze zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens — erinnern in vielem an die Sozialistengesetze der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts.

Das Deutsche Reich von 1878 war ein reaktionärer Staat der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie, an dessen Spitze der Kaiser und der „Eiserne Kanzler" Bismarck standen. Mit zwei Hauptschwierigkeiten hatte dieses Reich zu kämpfen: Infolge der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt wurde es erstens von einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise geschüttelt; zweitens erstarkte in seinem Innern eine revolutionäre Arbeiterbewegung unter Führung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Den herrschenden Klassen saß noch die Erinnerung an die vor einigen Jahren erst niedergeschlagene Pariser Kommune in den Gliedern; sie sahen mit dem Erstarken der SAP bedrohlich die Revolution heranrükken. Sie sahen auch angesichts der stärker werdenden revolutionären Bewegung ihre Pläne gefährdet, die Lasten der Krise auf die werktätigen Massen abzuwälzen.

In dieser Situation nahm Bismarck zwei mißglückte Attentate auf den Kaiser — im Mai und Juni des Jahres 1878 — zum Anlaß, um gegen die sozialistische Bewegung vorzugehen. Er ließ eine ungeheure Pogromhetze entfachen; er löste den Reichstag auf, schrieb Neuwahlen aus und peitschte dann im neugewählten Reichstag mit 221 gegen 149 Stimmen das Sozialistengesetz durch. Das Sozialistengesetz verbot die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands sowie alle ihre Organisationen, Gewerkschaften, Publikationen, Versammlungen und sonstigen Aktivitäten. Es kam zu einer Welle von Verhaftungen, Prozessen, Gefängnisstrafen, Geldstrafen, zu unzähligen Behinderungen und Schikanen. Paragraph 28 des Gesetzes sah die Verhängung eines „kleinen Belagerungszustandes" über einzelne Bezirke und Ortschaften vor. Am 28. November 1878 wurde dieser Belagerungszustand das erste Mal über Berlin verhängt; 67 Sozialisten wurden aus ihrer Heimatstadt ausgewiesen. Nach unvollständigen Angaben kam es in den zwölf Jahren, in denen das Sozialistengesetz galt, zu insgesamt 900 Ausweisungen, darunter waren 500 Familienväter. Es wurden weitere 1.500 Personen zu insgesamt 1.000 Jahren Gefängnis verurteilt; 332 Arbeiterorganisationen und 1.300 periodische oder nichtperiodische Druckschriften wurden verboten. Legal blieb einzig und allein die Parlamentstätigkeit der sozialistischen Reichstagsabgeordneten.

Als erste aller revolutionären Arbeiterparteien mußte die deutsche SAP den Übergang in die weitgehende Illegalität vollziehen. Dies ging nicht



August Bebel, der revolutionäre Führer der deutschen Arbeiter

reibungslos vonstatten. Besonders in der Führung der Partei kam es zu Schwankungen, Kopflosigkeit, opportunistischem Zurückweichen vor dem Angriff der Klassenfeinde. Der Vorstand rief die Partei zunächst zur Selbstauflösung auf. „An unserer Gesetzlichkeit", hieß es in einem Flugblatt, „müssen unsere Feinde zugrunde gehen." Diese Politik aber stieß auf den Widerstand der Parteibasis und der revolutionären Arbeiter. Sie stieß auch auf den Widerstand von Marx und Engels, die aus ihrem Londoner Exil unermüdlich die opportunistische Politik des Vorstandes kritisierten und versuchten, ihn auf einen revolutionären Kurs gegenüber dem Sozialistengesetz zurückzuführen. Dies gelang. Unter Führung von August Bebel konnten verlorengegangene Verbindungen wieder geknüpft, konnte die Partei wieder gefestigt und der legale mit dem illegalen Kampf verbunden werden. In der Auseinandersetzung mit dem Sozialistengesetz fanden die revolutionären Arbeiter immer neue Formen des Kampfes. Gesangsvereine, Kegelclubs, Turn- und Vergnügungsvereine dienten als Deckmantel für die politische Tätigkeit der Partei. Daneben existierten die geheimen Organisationen, die agitatorisch tätig waren und die Verbindung mit den Parteizentren aufrechterhielten. Die berüchtigten Ausweisungen wurden zu einem Bumerang für die Bismarck-Diktatur, da sie Revolutionäre in bisher „unverseuchte"



Bismarck, Schöpfer der Sozialistengesetze. Eine Karikatur seiner Zeit

Gebiete brachten und da die Unterstützung der mittellos Zurückgebliebenen die Partei enger zusammenschloß. Massenhaft wurden illegale Flugblätter verteilt, Transparente wurden an belebten Orten aufgehängt. 1888, am zehnten Jahrestag der Verabschiedung des Sozialistengesetzes, hißten Arbeiter nachts im ganzen Deutschen Reich rote Fahnen — an Fördertürmen, an Fabrikschornsteinen, auf Rathäusern und sogar auf dem Dach eines Polizeigebäudes.

Eine besondere Leistung der verbotenen Partei war die regelmäßige Herausgabe ihres Zentralorgans „Sozialdemokrat". Der „Sozialdemokrat" wurde im Ausland — zuerst in Zürich, dann in London — hergestellt und dann über das Vertriebsnetz des „Roten Feldpostmeisters" Julius Motteler nach Deutschland geschmuggelt und dort illegal verbreitet. Der Vertrieb des „Sozialdemokraten" diente später vielen revolutionären Parteien — so auch den russischen Bolschewiki — als Vorbild. Begeistert schrieb Friedrich Engels 1890: „Wie oft hat mir altem Revolutionär das Herz im Leibe gelacht, wenn ich diese so ausgezeichnet eingeölte, geräuschlose Wechselwirkung zwischen Redaktion, Expedition und Abonnenten, diese businesslike geschäftsmäßig organisierte revolutionäre Arbeit, Woche für Woche, jahraus, jahrein mit gleicher Sicherheit sich abwickeln sah." Das Sozialistengesetz vermochte die sozialistische Bewegung in Deutschland nicht zu zerschlagen: sie erstarkte im Gegenteil immer mehr. „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf", wurde ein geflügeltes Wort unter den Arbeitern. Unter dem Druck des Sozialistengesetzes verlagerte die SAP ihre Tätigkeit noch mehr in die Städte, ihr Einfluß auf die Industriearbeiterschaft nahm zu. Gleichzeitig setzte sich der Marxismus als Weltanschauung in der Partei durch. Ablesbar war ihr Erstarken auch an den Wahlergebnissen:

Bewunderung und innere Verwandschaft

„Seine auswärtige Politik war durch Realismus und Augenmaß gekennzeichnet."
Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, über Bismarck, den Kolonialpolitiker, den Kriegsherrn 1870/71, den Helfer bei der Niederschlagung der Pariser Kommune (19. Mai 1978, Rede in der Frankfurter Paulskirche).

„Ich habe es vor Jahr und Tag gesagt, und dabei bleibt es: Bebel und Bismarck gehören gleichermaßen zu unserem geschichtlichen Erbe."
Willy Brandt, ebenda.

„Seine Sozialgesetzgebung bleibt in ihrer Art vorbildlich und eine epochale Leistung."
Das „ÖTV-Magazin" Nr. 9/1978 über Bismarck.

1878, vor Verhängung der Sozialistengesetze, erhielt die Partei 437.158 Stimmen; 1881 war zwar die Zahl auf 331.961 gesunken, stieg dann aber, immer unter dem Terror der Sozialistengesetze, kontinuierlich an und erreichte am 20. Februar 1890 — kurz nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes — fast 1,5 Millionen Stimmen — das waren 20 Prozent der Wähler.

Anläßlich der hundertjährigen Widerkehr des Tages der Verabschiedung des Sozialistengesetzes veranstalteten die Vorstände der SPD und der DGB-Gewerkschaften einen großen Aufwand an Reden und Gedenkartikeln. Stellvertretend sei die Zeitung der ÖTV zitiert. Da heißt es in der Nr. 9/1978: „Die regierungstreue Presse schreckte vor Entstellungen, Verdrehungen und Lügen nicht zurück. Es kam zu Ausschreitungen gegen sozialdemokratische Parteigänger, die als ‚Kaisermörder' diffamiert wurden. Man denunzierte, ächtete und entließ sozialistische Arbeiter und suchte sie auszuhungern. Behörden und Gerichte verfielen in eine maßlose Verfolgungswut." — Das stimmt natürlich. Ersetzt man jedoch das Wort „sozialdemokratisch" durch die Worte „revolutionär" und „kommunistisch" und das Wort „Kaisermörder" durch das Wort „Terrorist" — so hat man eine ungefähre Beschreibung der heutigen bundesrepublikanischen Zustände. Das Zitat zeigt die ganze Lächerlichkeit und Verlogenheit der Herren, die sich heute als in der Tradition der von Bismarck verfolgten Sozialisten stehend darstellen möchten. Sie sind es doch selbst, die heute im Bundestag ihre „Sozialistengesetze" durchpeitschen, die in Betrieben, Schulen und Universitäten zur Sozialisten- und Kommunistenhetze blasen und die — wie es in der Sprache des Sozialistengesetzes heißt — eine immer noch schärfere Verfolgung der „sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen zum Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung" fordern. Heute heißt der Kanzler zwar nicht mehr Bismarck, sondern Schmidt, aber die Politik gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung ist immer noch von demselben Geist getragen. Die Sozialistengesetze aber haben die revolutionäre Bewegung nicht auslöschen können. Sie hat in der Folgezeit auch andere und härtere Bewährungsproben bestanden. Sie wird auch durch die reaktionären Maßnahmen eines Staatswesens wie dem der Deutschen Bundesrepublik nicht zu zerschlagen sein.

Glückwünsche zum 70. Geburtstag des Genossen Enver Hoxha

An den

Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens,

Genossen Enver Hoxha

Tirana

Lieber Genosse Enver Hoxha,

Zu Ihrem 70. Geburtstag entbiete ich Ihnen im Namen unserer Partei, ihres Zentralkomitees und meinem eigenen die allerherzlichsten Glückwünsche. Indem wir Ihnen gratulieren, wünschen wir zugleich der heroischen Partei der Arbeit und dem tapferen albanischen Volk, das Sie hervorgebracht hat, das Sie von Herzen als seinen teuersten Sohn liebt und verehrt, an dessen Spitze Sie stehen und mit dem Sie so innig verbunden sind, alles Gute. Mögen Sie, lieber Genosse Enver Hoxha, lange leben und schaffen zum Wohl des albanischen Volkes, aller freiheitsliebenden und revolutionären Völker der Welt.

Dank Ihrer Prinzipienfestigkeit, dank der unbedingten Treue der Partei der Arbeit Albaniens zum Marxismus-Leninismus, zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, dank des unerbittlichen Kampfes des albanischen Volkes gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Reaktion und all ihre Handlanger, gegen alle revisionistischen Verräter, hat das sozialistische Albanien heute eine hervorragende Rolle in der Welt übernommen. Das kleine Albanien ist groß geworden in seiner Bedeutung und hat Weltgeltung erlangt. Es nimmt heute die Stellung der früheren Sowjetunion des großen Stalin ein, ist zum Vaterland der Werktätigen aller Länder geworden. Es ist ein Granitfelsen, an dem sich alle Feinde des Sozialismus die Zähne ausgebissen haben und ausbeißen werden. Das mußten nach den verschiedenen Imperialisten, nach Tito und Chruschtschow jüngst die neuen chinesischen Revisionisten erleben, als sie mit ihrem feindseligen und chauvinistischen Akt Albanien in die Knie zwingen wollten. Der Sozialismus steht in ihrem Land unerschütterlich und wird immer mehr erblühen, Partei, Klasse und Masse sind eins und untrennbar.

Mit Ihrem wegweisenden historischen Bericht auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens haben Sie, Genosse Enver, einen entscheidenden Beitrag zur Vergrößerung der Klarheit über die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik sowie zur Stärkung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des Proletarischen Internationalismus geleistet.

Unsere Partei ist seit ihrer Gründung mit der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens eng verbunden und sie hat viel von ihr gelernt. An dieser Stelle versichern wir Ihnen, daß unsere Partei stets an der Seite der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens und des albanischen Volkes stehen wird bei der Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Diktatur des Proletariats. Jeden Angriff auf das sozialistische Albanien, das Bollwerk des Sozialismus an der Adria, betrachten wir als Angriff auf uns. Wir werden unermüdlich arbeiten, um auch die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern weiter zu vertiefen.

Abschließend rufen wir Ihnen zu Ihrem 70. Geburtstag mit den Worten Ihres Volkes zu: „Lebe so lange wie die Berge, Genosse Enver!"

Im Namen des Zentralkomitees
der KPD/ML
Vorsitzender
Ernst Aust

Britannien
Ford-Streik hält an

Auch in der vergangenen Woche dauerte der Streik der 57.000 Fordarbeiter für eine 25prozentige Lohnerhöhung an. Die britische Regierung hat in diesem Jahr ein Lohnlimit von fünf Prozent festgesetzt. (Der „Rote Morgen" berichtete darüber). Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, daß Ford unter dem Druck des Streiks den Gewerkschaften freie Lohnverhandlungen anbietet, also über die von der Regierung festgelegte Grenze hinausgehen will.

Italien
Antifaschistische Massendemonstrationen

10.000 Antifaschisten gingen in Mailand auf die Straße, 50.000 in Rom, um gegen den zunehmenden Terror der faschistischen Banden zu demonstrieren. Die unmittelbaren Anlässe für diese Massenaktionen waren die Ermordung von Ivo Zini, der am 28. September vor einem KPI-Büro kaltblütig erschossen wurde, und der erste Jahrestag der Ermordung von Walter Rossi durch faschistische Banditen am 30. September.

Rassistenchef Smith in den USA

Starke Proteste hat der Besuch von Ian Smith, Chef des rhodesischen Rassistenregimes, in den USA ausgelöst. Vor dem Weißen Haus in Washington zogen Demonstranten auf. Auch in der UNO forderten mehrere Mitglieder die Verurteilung der Carter-Regierung, die sich dreist über die Rhodesien-Resolution der UNO hinweggesetzt hat. In dieser Resolution, die für alle Mitgliedsländer bindend ist, heißt es: Allen Personen ist die Einreise zu verweigern, bei denen Grund für die Annahme besteht, daß sie „ungesetzliche Handlungen des illegalen Regimes in Salisbury unterstützt haben." Und jetzt erteilte Washington selbst dem Chef dieses Regimes ein Einreisevisum. Aber es ist ja nicht das erste Mal, daß sich die Herren im Weißen Haus über Beschlüsse hinwegsetzen, die sie selbst unterschrieben haben. Smith wurde zu Gesprächen von Außenminister Vance empfangen.

Tunesien
Hohe Gefängnisstrafen für Gewerkschafter

In Tunis ist ein Mammutprozeß gegen 30 Gewerkschafter mit einer Serie von Terrorurteilen abgeschlossen worden. Den Angeklagten war „eine Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates" vorgeworfen worden, weil sie im Januar dieses Jahres einen Generalstreik organisierten, in dessen Verlauf die Truppen des Regimes ein blutiges Massaker unter den Arbeitern anrichteten. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar die Todesstrafe gefordert. Angesichts der scharfen Proteste im In- und Ausland sah sich das Gericht gezwungen, diese Forderung abzulehnen. Zwei führende Funktionäre der Gewerkschaft UGTT wurden jetzt zu zehn Jahren, 22 weitere Gewerkschafter zu Strafen zwischen sechs Monaten und acht Jahren verurteilt.

Iran
Streiks und Massendemonstrationen



Trotz des andauernden Kriegsrechts über den größten Städten des Irans kämpfen die Werktätigen weiter gegen das faschistische Regime. In Teheran und anderen Städten formierten sich Tausende zu großen Demonstrationen. Der öffentliche Dienst des Landes ist von einer breiten Streikwelle erfaßt. Betroffen sind in erster Linie die Eisenbahn und die Post. Nach Angaben bürgerlicher Zeitungen sollen während der Kämpfe in der letzten Woche mindestens 16 Menschen vom faschistischen Militär ermordet worden sein. In den Redaktionen der Teheraner Zeitungen erschienen Militärkontrolleure, die verhindern sollen, daß über die Kämpfe und ihr Ausmaß berichtet wird. Daraufhin stellten alle Zeitungen ihr Erscheinen ein.

Guatemala
Terror gegen Streikende

80.000 Werktätige standen in der vergangenen Woche im Streik, der sich in erster Linie gegen die Unterdrückung des Volkes durch das Militärregime richtete. Die Polizei, unterstützt von paramilitärischen faschistischen Banden, ging mit Tränengas und Schußwaffen gegen die Streikenden vor. Allein in Guatemala-Stadt wurden 20 Werktätige ermordet. Hunderte Streikende wurden verhaftet.

Kommuniqué

Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und der Kommunistischen Partei Kanadas (Marxisten-Leninisten) trafen sich kürzlich und diskutierten verschiedene Fragen internationalen und nationalen Charakters. Unsere beiden Parteien haben gemeinsame Ansichten in allen diskutierten Fragen und beschlossen, in absehbarer Zeit eine gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen.

KPD/ML
KPK(ML)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW



China — DBR
Das 28-Milliarden-Geschäft

Die Sensation war perfekt. Rechtzeitig zum Besuch ihres stellvertretenden Ministerpräsidenten Fang Yi in Bonn vergaben die chinesischen Revisionisten einen 8-Milliarden-Auftrag für den Bau von Bergwerksanlagen an westdeutsche Monopole. Nur eine Woche später jedoch kam ein noch größeres Ding. Für insgesamt 28 Milliarden Mark wollen sich die Herren in Peking ein integriertes Hütten- und Walzwerk schlüsselfertig hinsetzen lassen — wieder auf Kreditbasis.

Der Technologieminister Tang Ke hatte den Schloemann-Simag-Konzern aufgefordert, ein Konsortium zu bilden, das ein Angebot für den Bau des Riesenwerks unterbreiten soll. Als Führer dieses Konsortiums sind jetzt neben Schloemann die Gutehoffnungshütte (GHH), Siemens und Thyssen aufgetreten. Gewiß, man kalkuliert die internationale Konkurrenz ein, vor allem von British Steel und dem neuen französischen Stahlmonopol. Aber dennoch rechnen sich die westdeutschen Monopolherren aus, daß sie diesen gigantischen Brocken an Land ziehen können. Und immerhin konnte das „Handelsblatt" schon am vergangenen Freitag von der Börse melden: „China-Verhandlungen beflügeln GHH-Kurs." Ein untrügliches Zeichen für die Zuversicht in den Chefetagen an Rhein und Ruhr. Der Chef des Lurgi-Konzerns, Natus, der für dieses Jahr noch zwei Peking-Besuche auf dem Terminkalender stehen hat, drückte die gegenwärtige China-Stimmung der westdeutschen Kapitalisten so aus: „Es herrscht eine enorme Euphorie."

In diesem Monat noch werden auch die Bosse des erwähnten Konsortiums in Peking erwartet, wo dann über weitere Einzelheiten des 28-Milliarden-Geschäfts verhandelt wird. Die Finanzierung jedenfalls ist schon sichergestellt. Unter der Federführung der Dresdner Bank hat sich ein Bankenkonsortium gebildet, das die nötigen Gelder aufbringen wird. Die gleiche Bank finanziert übrigens auch schon den 8-Milliarden-Auftrag für Bergbauanlagen. Der Aufsichtsrat Helmut Haeusgen sagte dazu: „In China tut sich den Banken ein völlig neues Feld auf, das beackert werden kann. Alle anderen in Frage kommenden Äcker sind bestellt."

Je größer die Geschäfte, desto blumiger wird die Sprache. Aber man versteht ihn schon, den Herrn Haeusgen. Die Früchte, die er auf diesem Acker ernten will, sind Milliardenprofite. Aber wenn es um so konkrete Dinge geht wie Zinsen und Zahlungsbedingungen, dann wird er schweigsam. Es ist sicher auch im Interesse der Pekinger Revisionisten, wenn über die Einzelheiten bei der Bestellung des großen Feldes China durch die westlichen Konzernbosse und Finanzhaie der Mantel des Schweigens gelegt wird. So sagt Haeusgen auf eine Frage des „Spiegels" über den Zinssatz für die Kredite beim Bergbauanlagen-Geschäft: „Das werde ich Ihnen nicht verraten. Aber ganz allgemein glaube ich, daß die Chinesen die besten möglichen Zinssätze eingeräumt bekommen. Zumindest werden sie dieselben Kreditkonditionen erhalten wie die Ostblockländer, die bislang immer wieder durchaus günstige Bedingungen aushandelten."

Und wie sind diese Bedingungen? Dazu sagte vor einiger Zeit Werner Busch, der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau: „Die Kredite, von denen hier die Rede ist, sollen dazu dienen, Lieferungen von Investitionsgütern nach den Ostblockländern zu finanzieren. Gedacht ist in erster Linie an vollständige Fabrikanlagen. (...) Die Zinssätze, die dabei ausgehandelt werden mußten, lagen in der Regel bei etwa 6,5 Prozent p. a. (pro Jahr — RM)."

Man kann sich also leicht ausrechnen, welche gewaltigen Beträge die chinesischen Werktätigen aufbringen müssen, um allein die Zinsen abzutragen, die ihnen die Pekinger Führer aufgehalst haben. Von der „Jungfräulichkeit des chinesischen Schuldenkontos", die heute von den westlichen Finanzhaien so gerne angeführt wird, dürfte in absehbarer Zeit nichts mehr zu sehen sein. Die Pekinger Revisionisten gehen den gleichen Weg wie die Moskauer, die heute schon mit etwa 32 Milliarden Mark bei den westlichen kapitalistischen Ländern verschuldet sind. Sie gehen nur diesen Weg noch schneller als die Chruschtschow und Breschnew. Schon jetzt sprechen die Konzernbosse in unserem Land davon, daß die Geschäfte mit Peking den sogenannten Osthandel mit der Sowjetunion und ihren Vasallen weit in den Schatten stellen. (Ein Vergleich: Das Stahlwerk im russischen Kursk, jahrelang das Paradebeispiel des Osthandels, sollte ursprünglich — bevor Moskau immer neue Rückzieher machte — „nur" drei Milliarden Mark in die Taschen der westdeutschen Monopolherren fließen lassen.)

Wie man sieht, haben die Pekinger Revisionisten da schon ganz andere Maßstäbe gesetzt. Das Ergebnis jedenfalls wird das gleiche sein: Mit dem schnellen Eindringen des westlichen Kapitals, mit der zunehmenden Verschuldung durch die Kreditgeschäfte wird der Einfluß der amerikanischen, westeuropäischen und japanischen Imperialisten in China stärker, wird dieses volkreichste Land der Erde immer mehr zu einem Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft. Und es ist dabei nicht nur der riesige Markt, der die internationalen Monopole anzieht. Sie sehen in China auch ein Reservoir von Rohstoffen, die sie ausplündern können.

So wird in der nächsten Zeit etwa mit einer Delegation des hessischen Wirtschaftsministers Karry auch der Deminex-Manager Wallmann nach Peking reisen. Die Deminex ist der westdeutsche Erdölkonzern, und Herrn Wallmann geht es darum, „die Aussichten für deutsche Offshore-Bohrungen zu erkunden". Die Deminex, die gegenüber den amerikanischen und britischen Ölmultis ja nur ein Zwerg ist, sieht offenbar in China die Chance, eigene Erdölquellen zu erschließen. Und noch etwas ist bezeichnend für die gegenwärtige Lage in China. Hören wir dazu Hans Dedi, den Boß des Versandhauses Quelle:

„Der Wandel in ihrer (der chinesischen Führer — RM) Einstellung zum Welthandel kam für uns absolut überraschend. Früher hatten unsere Einkäufer von der Quelle größte Schwierigkeiten, überhaupt Visa zur Einreise zu bekommen. Heute gestatten sie uns und den Industriekonzernen, in Peking eigene Einkaufs- und Verkaufsbüros aufzumachen. Noch vor Monaten bekamen wir Produkte vorgesetzt und die Preise diktiert nach dem Motto: ‚Entweder du nimmst oder nicht.' Jetzt aber fragen sie mich, was wir brauchen könnten. Selbst nach unseren Schnittmustern würden sie schneiden oder auf das Etikett ‚Made in China' verzichten."

Die Quelle ist ja bekannt dafür, daß sie die von ihr angebotenen Waren zu Hungerlöhnen produzieren läßt, sei es von Heimarbeiterinnen in Bayern oder noch lieber in sogenannten Billiglohnländern. Und ein solches Billiglohnland haben die Quelle-Bosse jetzt offensichtlich in China gefunden. Bezeichnend dafür ist auch die Äußerung von Quelle-Manager Schmechtig über seine Einkaufspolitik bei Fotoapparaten: „Die Yenaufwertung hat die Japan-Apparate so verteuert, daß die Chinesen bald preisdämpfend wirken könnten." Entsprechende Vereinbarungen mit den Herren aus dem Pekinger Maschinenbauministerium sind schon getroffen. So werden dann bald die chinesischen Arbeiter „preisdämpfend" Quelle-Kameras produzieren müssen. Auf diese Art machen die Pekinger Herren die chinesischen Werktätigen zu billigen Lohnarbeitern für die westlichen Konzerne. So wie heute schon etwa in der DDR die Arbeiter zu Niedriglöhnen HB-Zigaretten fertigen.

So verschachern die Deng und Hua die von den Werktätigen geschaffenen Reichtümer, die Naturschätze des Landes, ja, sogar die Arbeitskraft der Werktätigen selbst an die imperialistischen Monopole, nur um dadurch ihrem Ziel näher zu kommen, aus China in kürzester Zeit eine neue Supermacht zu machen. Aber wie auch immer sie sich winden, was für „sozialistische" Phrasen sie auch immer erfinden mögen, um ihre Verbrechen zu bemänteln, sie entlarven sich doch immer mehr als das, was sie wirklich sind: revisionistische Konterrevolutionäre.

Kommunistische Partei Japans (Linke)
II. Parteitag erfolgreich abgeschlossen

Ihren II. Parteitag hat die Kommunistische Partei Japans (Linke) abgehalten. In einem Brief, den der Genosse Masayoshi Fukuda, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei, an uns richtete, heißt es dazu:

„Der II. Parteitag der KPJ (Linke) erfüllte erfolgreich die gestellten Aufgaben wie die Verabschiedung des Programms und die Änderung des Parteistatuts, die Annahme des Rechenschaftsberichts und die Wahl des neuen Zentralkomitees.

Der Parteitag ist ein Sieg im Kampf gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus. Er ist in besonderem Maße ein Sieg in dem entschlossenen Kampf gegen den chinesischen Revisionismus, der sich immer mehr dem amerikanischen und auch dem japanischen Imperialismus annähert und sich der Weltrevolution wie auch der japanischen Revolution entgegenstellt.

Liebe Genossen,

Eure Grußbotschaft im Geist des proletarischen Internationalismus, die voller revolutionärem Enthusiasmus war, ist von allen Delegierten des Parteitags herzlich begrüßt worden. Im Namen aller Delegierten, im Namen des neuen Zentralkomitees und der ganzen Partei bedanke ich mich für die brüderliche, auf dem proletarischen Internationalismus beruhende Unterstützung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten für unsere Partei und unseren Parteitag. Gleichzeitig möchte ich Euch unsere revolutionären Grüße überbringen.

Liebe Genossen,

indem sich unsere Partei von den Beschlüssen des II. Parteitags leiten läßt und sich fest auf das japanische Proletariat und die revolutionären Volksmassen stützt, wird sie für den Sieg der sozialistischen Revolution kämpfen, um den japanischen Imperialismus zu stürzen und den US-Imperialismus aus Japan zu verjagen.

Unsere Partei wird konsequent ihre Aufgabe im gemeinsamen Kampf des internationalen Proletariats erfüllen, im Kampf gegen den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und alle anderen imperialistischen Mächte, im Kampf gegen den modernen Imperialismus, besonders den chinesischen, der mit seiner Predigt der konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" gegen die revolutionären Kämpfe der Völker auftritt.

Im Lauf dieses Kampfes wird unsere Partei immer mehr die Einheit mit den marxistisch-leninistischen Bruderparteien, an der Spitze die Partei der Arbeit Albaniens, festigen und zur Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung beitragen.

Es lebe der unsterbliche Marxismus-Leninismus!

Es lebe die Einheit der marxistisch-leninistischen Bruderparteien!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Internationale Streikkämpfe

Die Herren in Wolfsburg spielten die Unschuldigen. Eine „ziemliche Überraschung" nannte ein VW-Sprecher den Streik, der in der vergangenen Woche im neuesten Werk des Konzerns, in New Stanton, USA, begann. Überraschung? Immerhin wollten die VW-Bosse ihre Arbeiter mit einem Lohn abspeisen, der um fast drei Dollar unter dem Durchschnittslohn der amerikanischen Autoindustrie liegt.

„Überraschungen" dieser Art haben Konzernchef Schmücker und seine Kumpane eine ganze Reihe in den letzten Monaten erlebt. Und sie haben auf ihre Weise darauf reagiert. So Anfang September in der VW-Niederlassung von Nigeria, wo sie 2.500 streikende Arbeiter brutal aussperrten und das Werk unter Polizeischutz stellen ließen. So in Brasilien, wo sie als Einpeitscher der ganzen Branche bei dem Versuch auftraten, den großen Metallerstreik im Frühjahr niederzuschlagen. Im folgenden einige Einzelheiten über die Kämpfe in den ausländischen VW-Filialen.


Brasilianische VW-Arbeiter im Streik

Streik gegen die Lohndrücker


Mit Streik reagierten die Arbeiter von VW in Stanton auf den Lohnraub-Tarifvertrag.

Sie hatten sich das so schön gedacht, die Bosse aus Wolfsburg. Sie bauten ihr amerikanisches Werk — unter Ausnutzung stillgelegter Fabrikhallen — auf die grüne Wiese bei New Stanton in Pennsylvania. Dieser Ort im Einzugsgebiet der Stahlmetropole Pittsburgh hatte einiges zu bieten für sie: Millionensubventionen vom Staat, eine hohe Arbeitslosigkeit. „Natürlich liegen die Löhne niedriger als in vergleichbaren amerikanischen Werken", erklärte ein Sprecher des Konzerns, „aber VW hat eben in einer ländlichen Gegend mit hoher Arbeitslosigkeit das Werk gebaut."

Die Bosse hatten sich nur in einem verrechnet, in den Arbeitern nämlich. Die fanden es ganz und gar nicht natürlich, daß sie mit Hungerlöhnen abgespeist werden sollen, nur weil in der Region die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist. Ende letzter Woche lag der Tarifvertrag vor, ausgehandelt zwischen VW und den Bossen der „United Auto Workers" (AUW). Und da stand es schwarz auf weiß. Ganze 5,50 Dollar sollten die Kollegen bekommen. Und der Vertrag selbst hatte die ungewöhnlich lange Laufzeit von drei Jahren, wobei der Lohn dann schrittweise angehoben werden sollte. Der Durchschnittslohn in der amerikanischen Automobilindustrie aber liegt heute bei 8,25 Dollar. Das ist genau der Betrag, den die Kollegen von New Stanton nach Ablauf des Tarifvertrags in drei Jahren bekommen sollten. So führte sich VW in den USA bestens ein, mit einer Lohnraubstrategie, die auch in diesem Land ihresgleichen sucht.

Es gab eine Betriebsversammlung, die von der Bonner Presse als „von heftigen Auseinandersetzungen gekennzeichnet" beschrieben wird. Das Ergebnis: **1.235 Kollegen lehnten den Schandvertrag ab, nur 94 Stimmen waren dafür zu finden.** Und das trotz der unverhohlenen Drohungen der VW-Bosse (40.000 Arbeiter haben sich um einen Arbeitsplatz beworben). Insgesamt arbeiten heute 2.000 Kollegen in New Stanton, bis zum März sollen es 4.000 werden. Sie produzierten den Golf, der 60 Prozent des Verkaufsvolumens von VW in den USA ausmacht.

Am vergangenen Montag begann der unbefristete Streik. An den Toren zogen die Posten auf, zeitweilig waren es mehrere hundert Arbeiter. Streikbrecher wurden am Betreten des Werkes gehindert, was die VW-Bosse gleich zum Anlaß nahmen, die Gerichte gegen die Streikenden anzurufen. Die einmütige Aktion ist ein erneuter Beweis für die hohe Kampfkraft der Kollegen von New Stanton. Erst vor wenigen Wochen hatten sie mit einem zweitägigen Streik die Wiedereinstellung von zwei Kollegen erzwingen können, die „aus disziplinarischen Gründen" von den Bossen gefeuert worden waren. Im Zusammenhang mit den jetzigen Kämpfen erklärten örtliche Funktionäre der UAW, die VW-Bosse hätten gezielt nur solche Arbeiter eingestellt, die nicht gewerkschaftlich organisiert waren. Erst nach Aufnahme der Produktion hätte die Gewerkschaft im Werk Fuß fassen können.

Wahrhaftig, die Herren aus Wolfsburg — zu denen ja auch der Aufsichtsrat Loderer gehört — hatten sich alles klug ausgerechnet. Nur ist die Rechnung eben nicht aufgegangen. Und jetzt sitzen sie erst mal in der Klemme, die Herren. Auf dem US-Automarkt hat nämlich gerade das neue Modelljahr begonnen. Und der Kampf um die Marktanteile läßt sich ja schlecht führen, wenn die Bänder stillstehen. **Wir wünschen jedenfalls den Kollegen von New Stanton Erfolg in ihrem Kampf gegen die VW-Bosse.**

Brasilien: Die Einpeitscher

Sao Bernardo do Campo ist ein kleiner Ort im Industrierevier von Sao Paulo. Diesen Ort haben sich die Wolfsburger Bosse ausgesucht, um hier VW do Brasil aufzubauen, die größte Auslandstochter des Multis. Heute ist das Werk mit 39.000 Beschäftigten der größte Multi in Lateinamerika überhaupt. Und es soll noch weiter wachsen. Im August erst kündigte VW-Boß Schmücker in Brasilien die Aufnahme der LKW-Produktion für die nächste Zeit und Investitionen von 600 Millionen Dollar bis 1983 an.

Eine wahrhaft stattliche Summe! Es muß wohl an dem liegen, was die Kapitalisten in aller Welt als „günstiges Investitionsklima" bezeichnen. Denn Brasilien steht unter der grausamen Diktatur einer faschistischen Militärjunta. Und die günstigen Bedingungen, die sie den ausländischen Bossen verschafft, sind unter anderem: faschistische Zwangsgewerkschaften, die vom Regime dirigiert werden; totales Streikverbot; Verbot aller Tarifverhandlungen. (Die Löhne werden jeweils von der Regierung nach dem Geschmack der Kapitalisten festgelegt.) Das Ergebnis ist, daß die Reallöhne der brasilianischen Arbeiter immer weiter ins Bodenlose sinken.

In diesem Frühjahr nun wurde das Land von einer mächtigen Streikwelle, ausgehend von der Autoindustrie, erschüttert. Die Arbeiter durchbrachen mutig das faschistische Streikverbot und forderten 15 bis 20 Prozent Lohnerhöhung zusätzlich zu den staatlich festgelegten Löhnen. Aufgrund der besonderen Bedingungen wandten die Kollegen dabei folgende Taktik an: Sie gingen jeden Tag wie gewohnt ins Werk, weigerten sich aber, die Bänder und Maschinen in Gang zu setzen. Einige Kapitalisten waren angesichts der Wucht dieser Streikwelle bereit, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen. In dieser Situation waren es Ford und VW, die als Einpeitscher für eine harte Linie gegenüber den Streikenden auftraten.

Devanir Ribeiro, Funktionär der unabhängigen (nicht staatlichen) „Gewerkschaft von Sao Bernardo do Campo", sagt dazu: **„Am wenigsten verhandlungsbereit zeigte sich zunächst Ford. Diese Rolle übernahm aber dann immer mehr VW do Brasil. Nicht nur, daß VW jede Verhandlung mit den Streikenden und der Gewerkschaft ablehnte, sie ließen sich auch alle möglichen Druckmaßnahmen einfallen, um die Arbeiter wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen."** Zu diesen Maßnahmen gehörten massive Entlassungsdrohungen gegen die Werkzeugmacher, die Drohung mit der Aussperrung aller Streikenden, die Abschaltung des ganzen Telefonnetzes, um den Kampf zu desorganisieren usw. Schließlich stand für die alltägliche Schikanierung der Arbeiter den VW-Bossen auch noch ein 400köpfiger Werkschutz zur Verfügung. **Und diese betriebliche Polizeitruppe ist bestens gedrillt. An ihrer Spitze nämlich stehen niemand anderes als zwei frühere Obristen der faschistischen Militärjunta.**

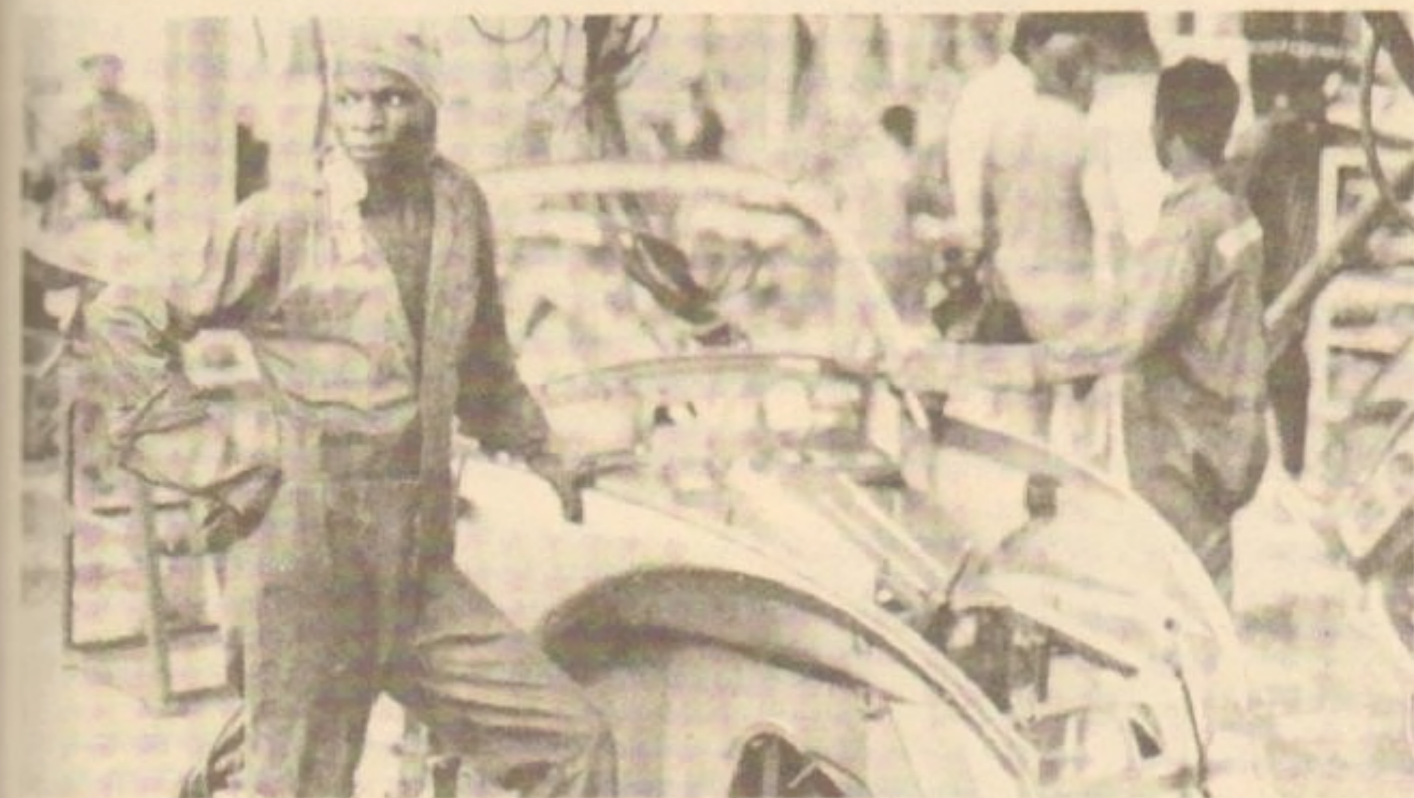
Drei Wochen lang weigerten sich die VW-Bosse, mit den Arbeitern und der unabhängigen Gewerkschaft zu verhandeln. Letzten Endes aber konnten die Streikenden einen Sieg verbuchen und eine 11prozentige Lohnerhöhung in der Metallindustrie durchsetzen. Noch ein letztes Wort zum Thema VW und Rechte der Arbeiter. Devanir Ribeiro: „Sobald sie (die Bosse — RM) herausbekommen, daß die Arbeitnehmer einen Betriebsrat gebildet haben, werden die Mitglieder dieses Betriebsrats gefeuert."

Wie heißt es doch so schön in einer Anzeige des Wolfsburger Konzerns, erschienen in der „Welt" vom letzten Donnerstag?

Wir machen mehr als Autos.
(Nicht nur in Südamerika.)

VW-Bosse — als Rassisten angeklagt

Vor einigen Monaten reiste Eugen Loderer, der in seiner Person die Funktionen eines VW-Aufsichtsrats und des Vorsitzenden der IG Metall vereinigt, zu den Rassisten nach Südafrika. Gerade in dieser Zeit hatte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, in dem die IGM die stärkste Einzelgewerkschaft ist, zu einer Kampagne der Solidarität mit den schwarzen Arbeitern in Azania (Südafrika) aufgerufen und unter anderem den Stop von Investitionen ausländischer Konzerne in Südafrika gefordert.


Billige und rechtlose Arbeiter, das ist es, was sich VW wünscht (VW-Montage in Nigeria).

In Azania — der „Rote Morgen" hat oft darüber berichtet — sind die schwarzen Werktätigen völlig rechtlos. Sie werden mit Hungerlöhnen abgespeist, die — wie zum Beispiel im Bergbau — teilweise nur fünf Prozent des Lohns ihrer weißen Kollegen betragen. Als eine „Errungenschaft" hat das rassistische Regime vor einiger Zeit die Bildung schwarzer Gewerkschaften zugelassen.

Eine Farce, wenn man bedenkt, daß diese Gewerkschaften keine Verhandlungen führen dürfen, und jeder Streik von schwarzen Arbeitern illegal ist und mit brutaler Polizeigewalt niedergeknüppelt wird.

Aber billige und rechtlose Arbeiter — das ist genau das, was sich die internationalen Monopole wünschen. Und der VW-Konzern macht da keine Ausnahme, trotz aller verlogenen Beteuerungen, man versuche angesichts der Rassengesetze — die man selbstverständlich nicht billige — immer noch das Beste für die schwarzen Arbeiter herauszuholen. So hat VW erst im letzten Oktober die vom Regime zugelassenen schwarzen Gewerkschaften anerkannt. Nun hätten die Herren von VW ja Tausende von Möglichkeiten, in ihren Betrieben die Rassengesetze zu unterlaufen und beispielsweise diesen Gewerkschaften eine aktive Arbeit im Werk zu ermöglichen. Aber sie machen genau das Gegenteil. Sie haben jede Werbetätigkeit der Gewerkschaften sowie die Durchführung von Betriebsversammlungen verboten. Ebenso weigern sie sich bis heute, eine Vereinbarung über ein innerbetriebliches Beschwerdeverfahren zu treffen.

So ist es auch kein Wunder, daß auf der schwarzen Liste, die der UNO-Unterausschuß zur Verhinderung von Diskriminierung über solche multinationalen Konzerne angefertigt hat, die rassistische Praktiken unterstützen, der VW-Konzern obenan steht. Die Wolfsburger Bosse, angeklagt des Rassismus!

Aber zurück zu Loderer. Was hatte der VW-Aufsichtsrat und IGM-Boß über die Zustände in Südafrika und insbesondere in „seinem" Konzern zu berichten? Er findet, so sagte Loderer, die Arbeitsbedingungen „weitgehend akzeptabel". Und von Forderungen nach einem Investitionsstop der westdeutschen Monopole in Südafrika wollte er schon gar nichts wissen. Das sei, so Loderer mit beispiellosem Zynismus, auch gar nicht im Interesse der schwarzen Arbeiter. So als ob jene in ihrem Dasein als Arbeitssklaven von VW oder Ford die Erfüllung ihres Daseins sähen. Und diese unverhohlene Unterstützung der imperialistischen Räuber, diese beispiellose Verhöhnung der afrikanischen Klassenbrüder ist nicht die private Ansicht des VW-Aufsichtsrats Loderer. Sie ist die offizielle Politik des DGB-Apparats.

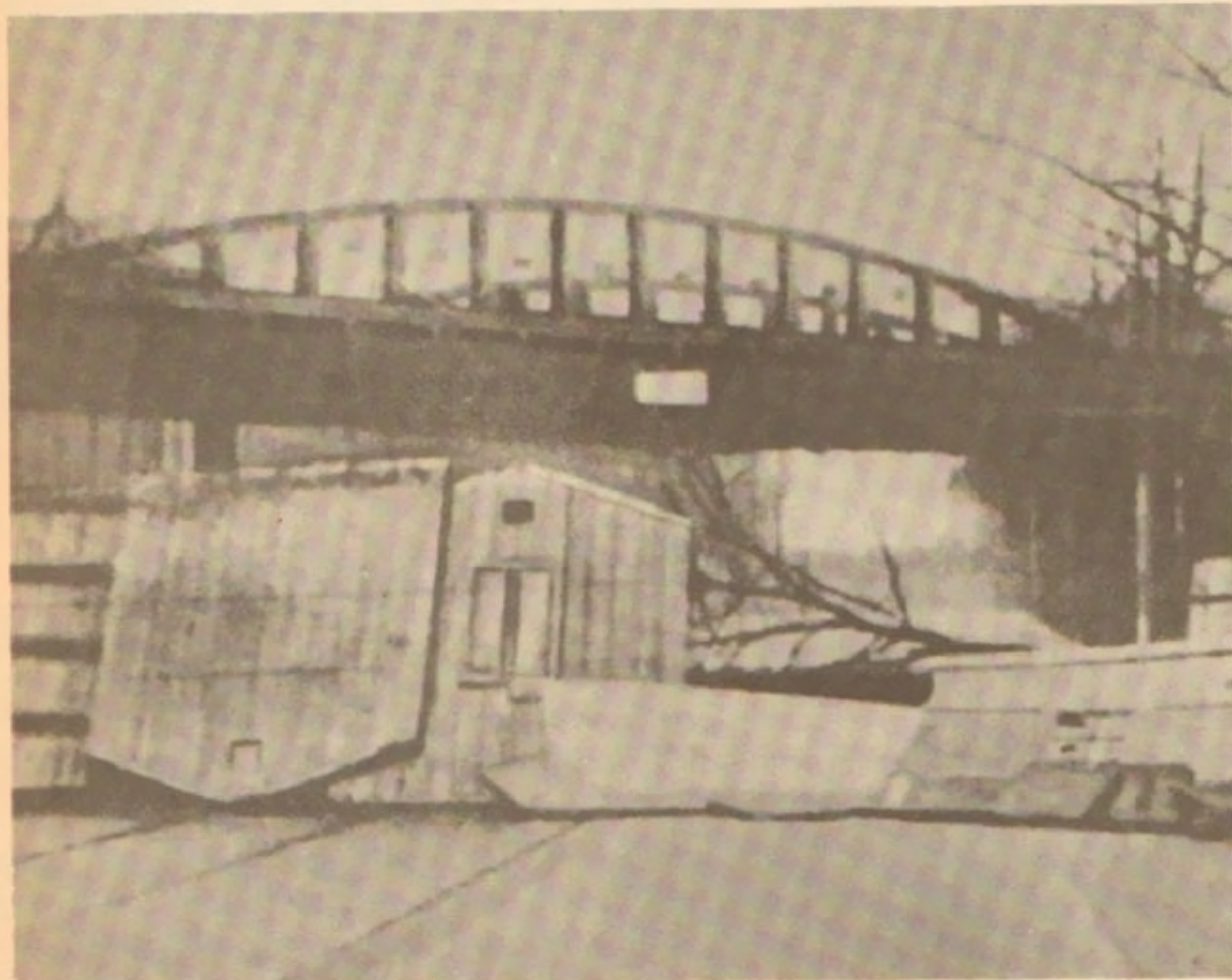
Die Blutsauger

Von etwa 192.000 Arbeitern und Angestellten beschäftigt der VW-Konzern heute fast ein Drittel, nämlich 59.000, im Ausland. In erster Linie sind es sogenannte Billiglohnländer, in denen die Käfer, Golfs usw. für den einheimischen wie für den Weltmarkt gefertigt werden. Und teilweise wird auch der westdeutsche Markt mit diesen billig produzierten Wagen beliefert (natürlich zu „normalen" Preisen). Den VW-Bossen geht es, wie den anderen Imperialisten auch, nur darum, aus den von ihnen ausgebeuteten Arbeitern möglichst viel Profit herauszuschlagen. Dazu bedienen sie sich — wie die angeführten Beispiele gezeigt haben — skrupellos der faschistischen Blutregime, um die Arbeiter mit offen terroristischer Gewalt niederzuhalten.

Bekanntlich ist ja die Volkswagen AG zu je 20 Prozent im Besitz der Bundesrepublik und des Landes Niedersachsen. Dieselben Herren Minister also, die hier gar nicht genug von „Demokratie" schwätzen können, beteiligen sich als Kontrolleure von VW ohne mit der Wimper zu zucken an der faschistischen Unterdrückung unserer Klassenbrüder in Brasilien oder Azania (Südafrika). Und die „Mitbestimmer" von der IGM? Der Auftritt von Loderer bei den Rassisten in Pretoria spricht Bände. Diese Leute verteidigen die Interessen „ihrer" Imperialisten und sonst nichts. Und sie treten damit nicht nur die Würde, die elementarsten Interessen unserer ausländischen Klassenbrüder mit Füßen.

Sie haben doch auch kaltlächelnd den Massenentlassungen in den westdeutschen VW-Werken zugestimmt, während der Konzern die Produktion immer mehr in faschistische und Billiglohnländer verlagerte. Mit ihnen verbindet uns nichts. **Die VW-Arbeiter aus Wolfsburg oder Hannover stehen in einer gemeinsamen Kampffront mit ihren Kollegen in Brasilien, Mexiko, Azania oder Indonesien. Die Hungerlöhne, der Terror in diesen Ländern sind ja die Grundlage dafür, daß die VW-Bosse wie die Motten vom Licht von den „günstigen Investitionsbedingungen" dort angezogen werden. Daß sie statt in der Bundesrepublik, über deren „hohe Lohnkosten" sie ja ständig jammern, dort ihr Kapital anlegen. Und so ist jeder Sieg, den etwa die Arbeiter von Sao Bernardo do Campo erringen, auch ein Sieg für ihre deutschen Kollegen.**

55 Jahre Hamburger Aufstand



Barrikade beim Hamburger Aufstand.

In diesen Tagen jährt sich zum 55. Mal der Tag, an dem in Hamburg die revolutionären Arbeiter unter der Führung Ernst Thälmanns das Gewehr ergriffen, um das entscheidende Gefecht gegen die kapitalistischen Unterdrücker aufzunehmen. Am 23. Oktober 1923, in einer Zeit, wo Millionen Werktätige ins tiefste Elend gestürzt waren, wo der Hunger alltäglich war in vielen Arbeiterfamilien, begannen in Hamburg die Kämpfe. Drei Tage und drei Nächte standen die bewaffneten Arbeiter heldenhaft gegen eine Übermacht der Polizei, der Reichswehr und der Marine auf den Barrikaden. Sie wurden mutig unterstützt von den Männern, Frauen, der Jugend aus den Arbeitervierteln.

Aber dann mußten sie angesichts der zwanzigfachen Übermacht der reaktionären Truppen den geordneten Rückzug antreten. Denn Hamburg stand allein auf den Barrikaden. Die bewaffneten Kämpfe griffen nicht auf die anderen Teile Deutschlands über. Das war ein Ergebnis des Verrats, der Sabotagetätigkeit einer revisionistischen Clique, die damals die Führung in der KPD an sich gerissen hatte. Die Partei entledigte sich dieser Verräter, säuberte sie hinaus. An die Spitze der KPD trat Ernst Thälmann. Unvergessen bis heute sind die Worte, die er als Vorsitzender der Partei zum Gedenken an die Tage des Hamburger Aufstands sagte:

„Mehr denn je muß in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jedes Parteimitglied, jedes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild des Hamburger Oktoberkämpfers vor Augen haben: kaltblütig, todesverachtend, der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit und den Blick auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das größte, stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt: die Diktatur des Proletariats."

Hamburger Hafen

Neuer Giftgasunfall

Schon wieder ein Chlorgasunfall im Hamburger Hafen. Es geschah am vergangenen Donnerstag um 8 Uhr 35 im Schuppen 74. Ein Kollege bekommt den Auftrag, mit einer Schleifmaschine die Beschriftung von einem Faß zu entfernen. Er geht an die Arbeit, und plötzlich gibt es eine Explosion. Das 50-Kilo-Faß ist geborsten. Eine weiße Gaswolke steigt auf. Während die im Schuppen beschäftigten etwa 40 Arbeiter ins Freie flüchten, gehen sieben weitere Fässer in die Luft.

34 Kollegen haben trotz der schnellen Flucht Verätzungen erlitten und werden von Unfallwagen abtransportiert. 18 von ihnen lagen am Donnerstag abend noch im Krankenhaus. Die weiße Wolke — das war hochgiftiges Chlorgas. So wie im Juli, als beim Löschen des DDR-Frachters „Rhön" eine Stahlflasche leck schlug und auch 34 Kollegen Verätzungen durch dieses gefährliche Gas davontrugen (der RM berichtete darüber). Und so wie damals, so sind auch hier wieder die Hafenkapitalisten mit einer schier unglaublichen, kriminellen Fahrlässigkeit ans Werk gegangen, wurden Gesundheit und Leben der Hafenarbeiter kaltlächelnd aufs Spiel gesetzt.

Die Fässer, die am Donnerstag detonierten, enthielten Kalziumhydrochlorid, ein Desinfektionsmittel. Obwohl dieser Stoff, wie Feuerwehrleute bestätigten, bei Erhitzen hochexplosiv ist, wurden an der Faßwand Schleifarbeiten vorgenommen. Dabei entsteht natürlich eine starke Hitze. Und überhaupt, warum sollte die Beschriftung entfernt werden? Der Verdacht liegt nahe, daß hier ebenso wie im Juli gefährliche Güter einfach in ungefährliche umdeklariert werden sollten.

Weiter: Obwohl der Inhalt der Fässer hochexplosiv war, obwohl Kalziumhydrochlorid, wenn es mit dem Sauerstoff der Luft in Verbindung kommt, Chlorgas entwickelt, wurden die Fässer nicht etwa an einem sicheren Ort im Freien gelagert. Nein, sie lagen in den Schuppenräumen, wo ständig eine größere Zahl von Kollegen arbeitet.

Für die Hafenbosse ist das alles kein Grund zur Beunruhigung. Sie sehen auf schnellen Umschlag, auf ihren Profit. Das Schicksal der Kollegen kümmert sie einen Dreck. Und die zuständigen Behörden der Hansestadt denken nicht im Traum daran, diesen Herren das Handwerk zu legen. Angesichts des neuerlichen schweren Giftunfalls hatten sie die Stirn zu erklären, ein „gefährliches Unglück mit größeren Auswirkungen ist weitgehend ausgeschlossen". Fast 70 Arbeiter in einem halben Jahr, denen die Atemwege verätzt wurden, ganz abgesehen von den alltäglichen „kleineren" Unfällen, ist das noch nicht genug? Was muß denn noch alles geschehen im Hamburger Hafen?

Die Kollegen, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, sind jedenfalls nicht bereit, die tagtägliche Gefährdung von Leben und Gesundheit einfach hinzunehmen. Man muß nur einmal bedenken, daß nach offiziellen Angaben pro Jahr drei Millionen Tonnen gefährliche Güter im Hamburger Hafen umgeschlagen werden. Das sind 15 bis 20 Prozent des gesamten Stückgutumschlags. Und Mineralöl und andere Massengüter sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Unter diesen Umständen gibt es eine breite Unterstützung der Kollegen für eine Reihe von Forderungen, die von der Parteizelle im Hafen aufgestellt wurden:

Volle Aufklärung der Unfallursachen!
Korrekte Deklarierung aller chemischen Gifte!
Ein Giftbuch in die Hand jedes Kollegen!
Eine Giftunfallstation in den Hafen!



Der Brand wird gelöscht. Aus mehreren Fässern war Chlorgas geströmt.

„Interessante Nachrichten aus dem Tagesgeschehen"

Kaiserin Farah rettet Zirkus

16 Tote bei neuer Unruhewelle in Iran

Mindestens drei Tote bei Unruhen in Teheraner Universität

Neue Unruhen und Streiks verschärfen Krise in Persien

Streiks im Iran weiten sich aus

Öffentlicher Dienst fast lahmgelegt / Truppen in Teheran verstärkt

Demonstranten in Teheran erschossen

Polizisten und Soldaten eröffnen Feuer auf Ansammlung in der Nähe der Universität

Teheraner Zeitungen stellten aus Protest ihr Erscheinen ein

Wieder Tote in Iran

„11,81 Millionen lesen Tag um Tag BILD." So heißt es jedenfalls in einer Veröffentlichung des Springer-Verlags. Die gleicne Meldung weiß auch zu berichten, daß dieses Blatt seine Leser Tag um Tag mit „interessanten Nachrichten aus dem Tagesgeschehen" bedient. Welcher Art diese Nachrichten sind, dafür bringen wir hier ein Beispiel mit einer entsprechenden Gegenüberstellung aus anderen Zeitungen.

Bleibt nur noch eines hinzuzufügen. In Teheran, das unter Kriegsrecht steht, haben in der vergangenen Woche Offiziere des Schahs die Zeitungsredaktionen besetzt. Diese neuen Chefredakteure in Uniform haben die Aufgabe, alles, was dem kaiserlichen Henker nicht gefällt, in den Papierkorb umzuleiten. Und natürlich für eine angemessene Hofberichterstattung zu sorgen. Springer — wie man sieht — braucht kein Kriegsrecht und auch keine Zensoren im Offiziersrang. Seine Leute wissen auch so, was eine „interessante Meldung aus dem Tagesgeschehen" ist. Ist es da ein Wunder, daß BILD, auch bei denen, die auf diese Zeitung angewiesen sind, als Drecksblatt gilt?

Restposten

In einem vor einigen Tagen versandten Verlagsprospekt findet sich unter der Rubrik „Für Kenner — die besondere Geschenkidee" folgende Anzeige: „Gerard de Villiers, Der Schah. Eine bestechende Biographie, die uns durch nüchterne Information den Schlüssel zu einer der interessantesten, aber auch umstrittensten Persönlichkeiten unserer Zeit in die Hand gibt. 498 S., 26 Fotos, Ln., früher **DM 38,–, jetzt 19.50."**

Wie das? haben etwa die Aufstände der empörten Volksmassen des Iran — neben dem Pfauenthron — auch den biographischen Handelswert des Schah-in-Schah ins Wanken gebracht? Warum so billig auf einmal?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.